



JUNG+LIBERAL

Das
**MITGLIEDER-
MAGAZIN**
der Jungen
Liberalen

LIBERAL VOR ORT



DIE KI-REVOLUTION: WIE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UNSERE WELT VERÄNDERT.

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag sehen wir die Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Forschung. Wir sehen jedoch auch die Risiken wie Datenschutzfragen oder ethische, rechtliche und soziale Aspekte rund um die Regulierung dieser Zukunftstechnologie.

Wir sind überzeugt: Es kommt auf Ausgewogenheit und Abwägung an. Dafür setzen wir uns in der parlamentarischen Arbeit ein:

- In unserem Positionspapier „**KI-Verordnung: Technologieoffen und grundrechtskonform**“ erörtern wir, wie wir ein vertrauensvolles und innovationsförderndes Umfeld für KI-Unternehmen schaffen und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern schützen.
- Auch zu „**KI in der Bildung**“ bekennen wir uns in einem Papier zum Einsatz von KI-Systemen zur Verbesserung von Bildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.
- Die **KI-Selbstverpflichtung** der Fraktion leitet unser praktisches Handeln im Umgang mit KI-Tools.
- Bei unserer **KI-Konferenz** am 28.11. in Berlin kommen wir mit Wirtschaft, Forschung und Politik ins Gespräch und vertiefen die wichtigsten Themen.
- Außerdem zeigen wir in zahlreichen Anträgen und Papieren, wie KI zum Beispiel der **klimagerechten Transformation**, unserer **Einwanderungspolitik** oder dem **Gesundheitssektor** helfen kann.

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit auf:

[f @fdpbt](#) [@fdpbt](#) [@fdpbt](#) [fdpbt.de](#)

QR-CODE SCANNEN
UND ZUR KI-KONFERENZ
AM 28.11. ANMELDEN



SAMUEL KESSLER (21) ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich insbesondere für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit. Du erreichst ihn unter samuel.kessler@julis.de

Liebe Julis,

die letzten Monate waren für uns Liberale definitiv keine einfachen. Mit dem Wiedereinzug in den hessischen Landtag konnten wir das Worst-case-Szenario zwar noch abwenden, die Tatsache, dass es unfassbar viel zu tun gibt, lässt sich dennoch nicht von der Hand weisen. Natürlich muss man dazusagen, dass die Zeit seit dem Beginn der Ampel-Koalition alles andere als leicht war: Kriege und Krisen bestimmen seither den politischen Alltag. Gerade in diesen Zeiten gilt es jedoch zu zeigen, wie wichtig die liberale Stimme ist. Leider zeigt ein Blick auf verschiedene Umfragebarometer, dass uns dies aktuell nicht zu gelingen scheint. Viele Wähler äußern ihren Unmut gegen die gegenwärtige Regierungsarbeit der Liberalen – die vergangenen Wahlergebnisse haben dies leider quittiert. Ich persönlich – und viele von euch sicherlich auch – kenne es nicht anders: Es ist nie bequem Liberaler zu sein. Was ich aber auch nicht anders kenne ist, dass wir stets nach Lösungen für Probleme suchen – das ist auch in den heutigen Tagen unsere oberste Priorität, denn im kommenden Jahr wird es alles andere als ruhig. Neben der Europawahl und einigen Landtagswahlen, stehen in der Hälfte aller Bundesländer auch Kommunalwahlen an. In dieser Ausgabe wollen unsere Autoren also unter dem Motto „Liberal

vor Ort“ nicht nur zeigen, wie liberale Kommunalpolitik aussehen kann, sondern sie haben sich auch mit verschiedensten basisdemokratischen Fragestellungen beschäftigt. Die Artikel machen Mut, weil sie zeigen, dass wir auch bei den Jungen Liberalen auf unfassbar gutes kommunalpolitisches Engagement setzen können. Ich muss zugeben, dass ich zu Beginn der Planung dieser Ausgabe ein blutiger Anfänger auf dem Gebiet der Kommunalpolitik war. In diesem Zuge kann ich aber mit umso größerer Überzeugung sagen, dass in diesem Heft unfassbar viel Wissen schlummert und es vor allem für all diejenigen ein Must-Read ist, die bis heute noch wenige Berührungspunkte mit liberaler Politik vor Ort hatten.

P.S.: Mein Vorgänger Leonard hat das Projekt angestoßen, ich habe die Ehre es weiterführen zu dürfen: Diese Ausgabe der jung+liberal wird die erste sein, die wir auch im Rahmen des neuen Online-Formats veröffentlichen werden. Falls ihr die Artikel also auch in digitaler Form lesen wollt, scannt gerne den QR-Code!

Hier geht es zur digitalen Jung+Liberal



INHALT



brandaktuell

Seite 5

FRANZISKA BRANDMANN:
"Dann kann ich nur sagen:
Gute Reise!"



Seite 8

**SAMUEL KESSLER UND
MARTIN ASSMUTH:**
Deutschland braucht
mehr Betreuungsplätze



Seite 10

JOHANNA KOCH:
Straight outta
Berlin Mitte



Seite 12

TORBEN HUNSDÖRFER:
Das Wunder von Monheim



Seite 14

LUCAS VAN STEPHOUDT:
Raus aus den Schulden -
Kommunal Edition



Seite 16

**TOM KÜHNEL UND
LEONARD KERN-WAGNER:**
Debattenarena



Seite 18

**KAI FACKLER UND
ALI ABO-HAMOUD:**
Integration vor Ort - Wie
unterstützen wir Kommunen?



Seite 20

NORA MARLEEN ZADO:
Anfeindungen und Bedrohungen
gegen Bürgermeister:innen
in Hessen



Seite 22

FELIX MEYER:
Münchner Skyline - kann sich
hier was verändern?



Seite 24

ANALENA MAHLERO:
Wählt Frauen!



Seite 26

CELINE DIETERICH:
Kommunalpolitik auf Social Media



Seite 28

ERIK JÄGER UND LOUIS WÜBBEN:
Jugendparlamente



Seite 30

FLORIAN STUPP:
Warum es gerade jetzt junge
Stimmen in der Kommunalpolitik
braucht



Seite 32

**VIOLA GEBEK UND
JORIAS BACH:**
Zwischen Heimatliebe
und Traumjob



Seite 34

CONSTANTIN BORGES:
Aus dem Alltag: Führung einer
FDP-Kreistagsfraktion



Seite 35

SARA-JANE ZAGORAC:
Lesezeichen



WEITERES

Seite 3

Editorial

Seite 6

Neumitgliederleitfaden

Seite 35

Impressum

Dann kann ich nur sagen: Gute Reise!

Warum die Mitgliederbefragung "Ampel beenden" die falschen Schlüsse aus einer schwierigen Situation zieht.

Liebe Julis,

einige Mitglieder unserer Partei haben sich entschieden, eine Mitgliederbefragung über den Verbleib der Freien Demokraten in der Bundesregierung durchzusetzen. Weil ich die Mitgliederbefragung ernstnehme, möchte ich euch darlegen, warum ich sie für falsch halte.

Es gibt so viel zu tun.

Die Zeit, in der wir regieren, ist eine Zeit der Unsicherheit. Gerade die wirtschaftliche Situation des Landes liegt im Argen. Wenn die Freien Demokraten nicht bereits Teil der Bundesregierung wären – würden wir dann nicht gerade alles dafür tun, sie dazu zu machen? Wird liberaler Sachverstand nicht gerade jetzt gebraucht? 2021 haben wir unseren Wahlkampf unter dem Slogan "Nie gab es mehr zu tun" bestritten – wir können jetzt nicht leichtfertig das Handtuch werfen.

Gerade hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die Bundesregierung die Schuldenbremse nicht ausreichend geachtet hat. Dieses Urteil hat mich sehr getroffen. Politiker von SPD und Grünen fordern jetzt das Aus der Schuldenbremse. Auch Politiker der Union haben diese Forderung in den letzten Monaten aufgestellt. Ich erwarte von der FDP in dieser Situation ein konsequentes Eintreten für die Schuldenbremse – und keine Flucht in die Opposition, in der wir keinen Einfluss hätten!

Die Freien Demokraten müssen beweisen, dass sie regieren können.

Ich kann jedes Mitglied verstehen, das mit einem gewissen Frust auf die Ampel schaut. Aktuelle Umfragen zeigen aber:

Regieren wird auf absehbare Zeit weder einfacher, noch weniger Koalitionspartner mit sich bringen.

In dieser Lage wird man zu einer erfolgreichen Regierungspartei, indem man mit eigenen Vorstößen lautstark deutlich macht, dass Freie Demokraten in einer Bundesregierung immer besser sind als jede Bundesregierung ohne Freie Demokraten. Stromsteuersenkung statt staatlicher Industriestrompreis – das ist gut, davon will ich mehr sehen!

Man wird zu einer gescheiterten Regierungspartei, indem man die Regierung ver-

lässt und so zeigt: "Wir können es nicht!". Wer mir das nicht glaubt, der glaubt vielleicht Wolfgang Kubicki im Streitgespräch mit zwei Ampel-Aus-Befürwortern in der ZEIT: "Und falls eine Mehrheit will, dass wir als gescheiterte Regierungspartei in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen, dann kann ich nur sagen: Gute Reise!".

Es geht nicht um uns.

Die Initiatoren der Mitgliederbefragung beschreiben schlechte Zustimmungswerte der Freien Demokraten als ihre Motivation. Ich bin mir sicher: Aus parteitaktischen Gründen eine Bundesregierung zu verlassen, wäre ein Rezept für Jahrzehnte noch schlechterer Werte.

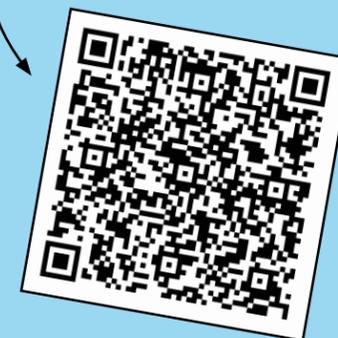
Es ist nicht lange her, dass Christian Lindner die FDP NRW mit dem Slogan "Es geht um unser Land" in Regierungsverantwortung führte. "Es geht um unsere Partei" hätte stattdessen sicher in die politische Bedeutungslosigkeit geführt. Lasst uns deshalb statt über die Ampel über die wirtschafts-, digital-, bildungspolitische Lage dieses Landes streiten – und darüber, welche Erwartungen wir in dieser Lage an Freie Demokraten in der Regierung haben. Da gibt es viel zu tun.

**Eure
Franziska**

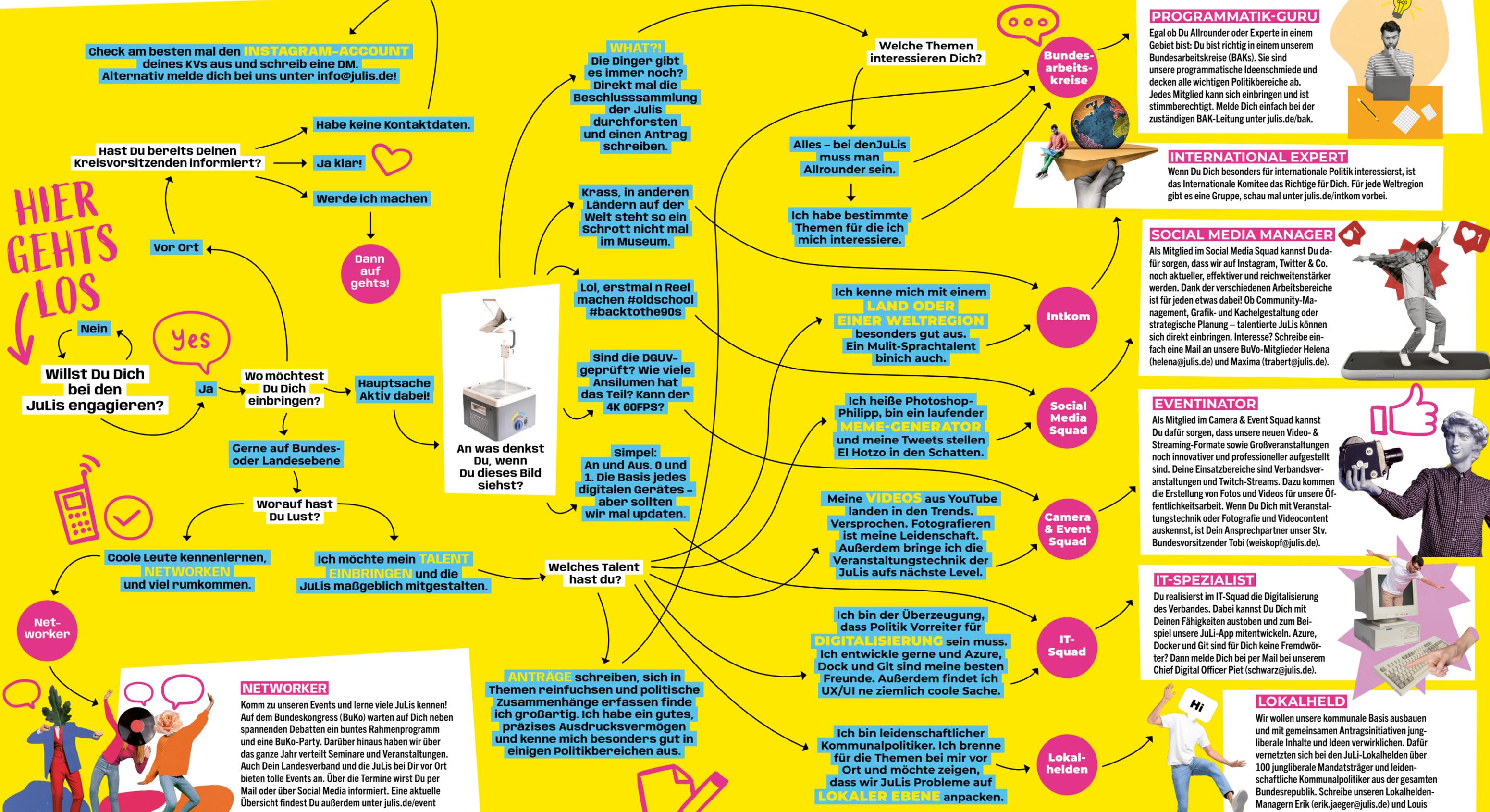


TEXT:
**FRANZISKA BRANDMANN
(29)** ist seit 2021 Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen. Sie hat in Bonn und Oxford Politikwissenschaften studiert. Für Anregungen oder Fragen erreichst Du sie unter brandmann@julis.de

Hier das Kubicki-Streitgespräch mit zwei Basismitgliedern zum Ampel-Aus, auf ZEIT ONLINE:



Dein Engagement bei den Jungen Liberalen



Deutschland braucht mehr Betreuungsplätze

Die Gemeinde Hofstetten im Schwarzwald hat es vorgemacht und auf steigende, beziehungsweise veränderte Bedarfe, in der frühkindlichen Bildung reagiert, seit Martin Aßmuth 2018 zum Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten gewählt wurde. Mittlerweile sind aus ehemals drei Kita-Gruppen sechs entstanden. Hofstetten hat nicht nur massiv Plätze geschaffen. Für 6,5 Millionen EUR ist ein ökologisch vorbildlicher neuer Kindergarten in Massivholzbauweise zentral am Ortseingang gebaut worden. Die räumlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer siebten Gruppe wurden geschaffen, so dass die Einrichtung Platz für 30 Kinder unter drei Jahre und für bis zu 110 Kinder über drei Jahre in der Endausbaustufe bietet. Für die Gemeinde und besonders für den Bürgermeister war dies die letzten fünf Jahren eine große finanzielle und emotionale Belastung, denn Hofstetten war als finanzschwache Kommune im Ländlichen Raum auf Fördermittel von Bund und Land angewiesen.

„Auch wir hatten zu wenig Kita-Plätze, im Bestand platzten wir aus allen Nähten und das alte Bestandsgebäude aus dem Jahr 1972 entsprach nicht mehr den rechtlichen und pädagogischen Anforderungen an eine moderne Betreuung“, berichtet Martin Aßmuth. Hofstetten erging es wie vielen anderen Kommunen im Ortenaukreis, dem flächenmäßig größten Landkreis in Baden-Württemberg. Mehr als 50% der Städte und Gemeinden konnten den seit 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Betreuung ab einem Jahr nicht erfüllen. Obwohl vielerorts intensive Anstrengungen zurückliegend unternommen wurden, reichen die geschaffenen Plätze oft nicht aus, den Bedarf zu decken. Heute geht man in Baden-Württemberg von bis 60.000 fehlenden Kita-Plätzen aus. „Fast in jeder Branche klagen wir über fehlende Fachkräfte. Wir scheitern in Deutschland immer noch zu oft daran, dass wir insbesondere den daheim gebliebenen Eltern die Rückkehr ins Erwerbsleben nicht so ermöglichen können, wie Fa-

milien und Betriebe dies bräuchten. Dafür ist elementar, dass lokal oder in der Nähe ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht“, so Hofstetten Rathauschef.

Die bundesweite Betrachtung ergibt kein besseres Bild. Noch immer gibt es zu wenig Kita-Plätze. 2023 fehlen bis zu 384.000 Plätze, wie die Bertelsmann Stiftung über das Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme errechnet hat. Um die Zahl der fehlenden Kita-Plätze in allen Bundesländern zu ermitteln, wurden die Betreuungsquoten der Kita-Kinder mit dem Anteil der Eltern abgeglichen, die im gleichen Jahr in der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) einen Betreuungsbedarf äußerten. In Ostdeutschland geht man von einer Lücke von 21.200 aus, im Westen dagegen von 362.400. Nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen sind ausreichend Kita-Plätze vorhanden. Der größte Gap besteht in Nordrhein-Westfalen. Mehr als 100.000 Plätze fehlen. Gleichzeitig ist zu betrachten, dass der Erzieher-Beruf schon heute ein Mangelberuf ist. Rund 98.600 Fachkräfte fehlen laut Studie, Baukosten für die Schaffung der Plätze nicht eingerechnet. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung hat 2019 einen Investitionsbedarf von bis zu 50 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre allein im Bereich der frühkindlichen Bildung errechnet. Genau hier setzte das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ an, welches die Städte und Gemeinden bei der Schaffung von Betreuungsplätzen zurückliegend über Jahre unterstützte.

„Die unbefriedigende Situation vor Ort hatte für großen Unmut gesorgt. In vielen Familien in Hofstetten müssen beide Eltern arbeiten und waren daher auf einen Betreuungsplatz angewiesen. In den Nachbarkommunen sind bis heute Plätze rar, die Wartezeiten betragen zum Teil bis zu neun Monate. Das war bereits im Februar 2018 großes Thema der Bürgerschaft in meinem Wahlkampf und mir war klar, da muss ich substanziell ran“, erzählt Martin Aßmuth. So fanden zahlreiche Gespräche mit Eltern,

Elternbeiräten und Kita-Personal statt. Nach Amtsantritt wurden gemeinsam Machbarkeitsstudien und Standortanalysen erarbeitet, ehe im Mai 2019 der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung die Entscheidung für einen Kita-Neubau gefällt wurde. Das Regierungspräsidium schrieb zur Beantragung von Bundes- und Landesmitteln eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen vor, was für den Bürgermeister zusätzliche Bürokratie bedeutete.

Aßmuth bat die Wahlkreisabgeordneten um wohlwollende Begleitung und Hofstetten stellte den Antrag auf Bundesmittel für das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“, welche laut Verwaltungsvorgaben später Grundlage für den Erhalt weiterer Landesmittel hätten sein sollen. In Baden-Württemberg bezeichneten selbst die oberen Landesbehörden ein Folgeprogramm als Formsache. Schon 2019 konnten 383 Anträge aus dem Bundesinvestitionsprogramm mit einem Volumen von 95,25 Millionen Euro wegen ausgeschöpfter Fördertöpfe nicht mehr bedient. Die Spitzenverbände erachteten ein Folgeprogramm als Formsache.

So begann für den Bürgermeister eine Odyssee im Kampf um Fördermittel, da

„Aßmuth sammelte vier gleichermaßen im Kreis betroffene Bürgermeister ein und intervenierte bis ins Familienministerium...“

die damalige Familienministerin Franziska Giffey (SPD) im November 2019 kurzfristig entschied das Programm zum 31.12.2019 auslaufen zu lassen. Aßmuth sammelte vier gleichermaßen im Kreis betroffene Bürgermeister ein und intervenierte bis ins Familienministerium und richtete Unterstützungsbitten an Politiker in Land und Bund. 13 weitere Bürgermeister aus der Region schlossen sich im Januar 2020 Aßmuth Vorhaben eine Fristverlängerung zu erreichen an. Damit nicht genug. Er richtete eine Petition an den Deutschen Bundestag richtete, Eltern vor Ort unterstützten ihn. So sammelte man gemeinsam binnen kurzer Zeit 2.000 Unterstützer. Zahlreiche Medien berichteten und der Druck erhöhte sich dergestalt, dass die Thematik auf die Tagesordnung vieler Abgeordneter in Berlin rückte. „Das war eine sehr schwierige Zeit. Unser Projekt hing in der Schwebe und die Notwendigkeit Betreuungsplätze zu schaffen wurde im Bund erstmal nicht flächendeckend ernst genommen. Der Bund verschob Zuständigkeitsfragen zum Land und das Land wieder zum Bund“, so Aßmuth. „Die Reaktion der damaligen Kultusministerin in Baden-Württemberg war sehr enttäuschend. Selbst die Regierungspräsidentin unterstützte uns und wir haben Vorschläge gemacht, wie man den Kommunen helfen könnte, zum Beispiel mit einer abschnittsweisen Förderung.“

Doch letztlich lohnte sich der lange Atem und Einsatz von Martin Aßmuth, dessen Initiative Wirkung zeigte und zahlreiche Unterstützer auf Bundes- und Landesebene fand. Die Frist eines Bundesgesetzes wurde inzwischen 2x geändert und 2020 und 2021 stellte die damalige Große Koalition aus CDU und SPD jeweils 500 Millionen EUR für den Ausbau von Betreuungsplätzen zur Verfügung. Seine Gemeinde erhielt 284.000 Euro Bundesförderung und weitere 700.000 EUR Landesmittel, sowie zusätzlich 727.000 Euro aus einem KfW-Programm für nachhaltiges und energieeffizientes Bauen. „Wenn man als kleine Gemeinde sagen kann, dass man nachweislich die Änderung eines Bundesgesetzes mit angestoßen hat und letztlich an 152 Millionen EUR Förderung für baden-württembergische Kommunen ein bisschen mit konkretem Anteil hat, so ist das schon besonders und dann war es den Stress wert“, berichtet er. Zwischenzeitlich ist die Kita „Sterntaler“ fertiggestellt und seit wenigen Wochen mit leuchtenden Kinderaugen in Betrieb. Doch zufrieden ist Martin Aßmuth noch lange nicht. Das Land Baden-Württemberg

will jetzt einmalig 105 Millionen EUR in die Hand nehmen, um nicht bediente Bedarfe aus dem letzten ausgelaufenen Bundesprogramm abzufedern.“ Für den Bürgermeister ist das zu wenig und ein Tropfen auf den heißen Stein. „Die Betreuungslücke hat sich weiter vergrößert. Es hat jetzt vier Jahre gebraucht, um meine und die Hinweise anderer aus 2019 aufzugreifen. Die Baukosten sind inzwischen explodiert und die Kinder, die damals schon einen Betreuungsplatz gebraucht hätten, gehen heute in die Schule. Das ist unbefriedigend und ich erwarte, dass sowohl Land als auch Bund mehr für die frühkindliche Bildung tun. Das ist gut für die Kinder, gut für die Eltern und gut für die Wirtschaft.“

Die Ampel-Regierung schreibt im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ auf Seite 93 über ein weiteres Investitionsprogramm und auch der 2021 beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 wirft seine Schatten voraus. Aßmuth sieht Letzteren kritisch, denn neben nicht vorhandenen Fachkräften würden immer neue staatliche Leistungsversprechen die Funktionsfähigkeit der schon heute überforderten staatlichen Systeme ohne Not belasten. „Aus den Kitas werden Fachkräfte, die wir nicht haben, zur Ganztagsbetreuung in der Grundschule abgezogen. Städte und Gemeinden haben in den Schulen bauliche Veränderungen in Höhe von hunderten Millionen Euro vor der Brust. Wir sollten erst einmal bundesweit Sorge tragen, dass wir den bestehenden Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr bedienen können. Der Koalitionsvertrag hat bereits ein paar Tage auf dem Buckel. Ich habe Verständnis, dass die globalen Probleme in der Welt ohne Zweifel eine Prioritätenanalyse der Ampel erforderten. Ich halte ein neues Investitionsprogramm für die frühkindliche Bildung für unerlässlich. Dieses muss dauerhaft Verankerung finden und darf keine Eintagsfliege bleiben. So kann es gelingen, die aktuellen Missstände wieder in eine positive Richtung zu lenken. Wir unterstützen mit einem Investitionsprogramm unsere Kommunen, die Kinder, Eltern und auch die Wirtschaft in doppelter Hinsicht. Der Bedarf ist immens und wir müssen auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten Sorge tragen, dass Bildungschancen genutzt und Erwerbsstrukturen verbessert werden. Dafür will ich mich weiter engagiert einsetzen. Es wäre toll, wenn die JULIS dies mit aufgreifen und mit uns Kommunen zusammenarbeiten würden“, erklärt Martin Aßmuth abschließend.

Über Martin



Martin Aßmuth wurde 2018 mit fast 98% der Stimmen zum Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten (Schwarzwald) gewählt. Seit 2019 vertritt er als erster Bürgermeister in der Geschichte seiner Gemeinde die Interessen der Raumschaft im Kreistag und im Regionalverband. Im parteiunabhängigen Netzwerk „Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ engagiert er sich im geschäftsführenden Bundesvorstand. 2023 wurde Aßmuth mit dem Award des Staatsanzeigers in der Kategorie Bürgermeister für sein Engagement für die Ukraine ausgezeichnet.

Bis 2018 arbeitete der Bankbetriebswirt und Master-Absolvent viele Jahre als Personalleiter und CHRO im öffentlichen Dienst und im genossenschaftlichen Sektor. Für sein berufliches Wirken wurde er mit regionalen und nationalen Preisen ausgezeichnet, so z.B. mit dem HR Excellence Award. Er war Vorreiter bei der Umsetzung von Digitalprojekten in der Sparkassen-Finanzgruppe und in Verwaltungsbehörden und zuletzt Jury-Mitglied von „Deutschland - Land der Ideen“. Aßmuth gilt als pragmatischer Kommunalexperte. Als Torwart der Deutschen Fußballnationalmannschaft der Bürgermeister (DFNB) unterstützt Martin Aßmuth ehrenamtlich soziale und karitative Projekte national und international.

2019 initiierte er eine sehr lebendige Kommunalbeziehung in die Ukraine. Seit Kriegsbeginn hat er mit seiner kleinen Gemeinde humanitäre Hilfen und Sachgüter mit einem Volumen von rund 400 Tonnen und im Wert von mehr als einer Millionen EUR für die vom Krieg betroffenen Menschen organisiert. Unzählige Hilfskonvois hat er seither selbst mit begleitet.

Im November 2023 trat er in die FDP ein.



TEXT: SAMUEL KESSLER (21) ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich insbesondere für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit. Du erreichst ihn unter samuel.kessler@julis.de

Straight outta Berlin Mitte

Mein Weg in die Kommunalpolitik und was ihr davon mitnehmen könnt



Das Engagement, das mit einem ehrenamtlichen Mandat in der Kommunalpolitik einhergeht, kann einen im ersten Moment überwältigen. Denn bei einer ganzen Menge an Sitzungen und Inhalten einen Durchblick zu bekommen, ist die eine Sache. Wenn es aber darum geht, neben den Verantwortlichkeiten auch noch eigene liberale Ideen und Projekte zu entwickeln und einzubringen, denken sich vermutlich viele: No way! Falsch gedacht. In diesem Artikel nehme ich euch mit auf meinen Weg in die Kommunalpolitik - und zeige euch anhand von fünf Tipps und Tricks, wie auch ihr erfolgreiche Kommunalpolitik neben Vollzeit-Job oder Studium meistern könnt.

Wir befinden uns im Superwahljahr 2021. Als ich direkt nach meinem Bachelorstudium Vollzeit als Projektmanagerin bei einer Aktiengesellschaft einsteige, bin ich nicht nur hoch motiviert für den Karrierestart, sondern kandidiere auch zum ersten Mal für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin Mitte. Ob man da überhaupt noch ein Leben hat, wird sich die bzw. der

ein oder andere denken. Zugegeben, die Trennung von meinem Ex-Freund, die sich bis zu dem Zeitpunkt lange angebahnt hat, spielt mir in der Lebensphase in die Karten. Denn Herzschmerz lässt sich mit viel Arbeit nunmal gut betäuben. Doch ich will es gar nicht abstreiten: Als ich schließlich im Oktober 2021 in die Bezirksverordnetenversammlung einziehe, fühle ich mich erstmal überfordert. Vier verschiedene Ausschüsse, BVV-Sitzungen von über fünf Stunden nach der regulären Arbeitszeit, darüber hinaus weitere Parteitermine. Das Pensum wird einem erst bewusst, wenn man mittendrin ist.

1. It's all about self-management!



Also entscheide ich mich dazu, die Kommunalpolitik auf die gleiche Weise wie meinen Job zu behandeln – als Projektmanagement. Über das Tool Notion visualisiere ich mir alle Arbeitsabläufe und vernetze sie intelligent miteinander. In meinem Notion-Terminkalender plane ich feste Stunden für die Vor- und Nacharbeit von Terminen ein. Alle Vorbereitungs- und Gesprächsnotizen sowie Redebeiträge speichere ich entsprechend in Datenbanken

ab. Das hilft mir auch bei einfachen Parteiveranstaltungen und Berichten zu meiner kommunalpolitischen Arbeit.

Kurzum: Mit solider Selbstorganisation verschwindet auch das Gefühl der Überforderung. Macht euch also schlau darüber, welche Tools und Routinen euch das Leben im Arbeitsalltag erleichtern können.

2. Flexibility is key



Doch als der pandemische Notstand 2022 wegfällt, ändert sich die Situation für mich drastisch. Fortan tagen wir nicht mehr virtuell, sondern vor Ort. An Sitzungstagen zähle ich im weiträumigen Berlin teilweise bis zu drei Stunden Fahrtweg. Ein echter Zeitkiller! Und sonstiger Luxus, z.B. Essen machen während den Sitzungen, fällt plötzlich weg. Die traditionelle Einstellung meines Arbeitgebers, das Bestehen auf Präsenz am Arbeitsplatz, macht es mir zu dem Zeitpunkt sehr schwer. Für mich ist klar: Es muss weiterhin beides gehen, Job und politisches Mandat. An irgendeiner Stelle brauche ich mehr Flexibilität. Da virtuelle BVV-Sitzungen ohne pandemischen Notstand rechtlich nicht möglich sind, entscheide ich mich daher für einen Jobwechsel. Kein Problem in Zeiten von Arbeitskräftemangel!

Natürlich kann nicht jede/r aufgrund ungünstiger Arbeits-

bedingungen einfach mal so den Job wechseln. Daher ist die Frage der Flexibilität eine, die ihr bestenfalls bereits im Vorfeld mit eurem Arbeitgeber klärt. Kommuniziert, an welchen Wochentagen ihr mit langen Sitzungen rechnen müsst und verhandelt hinsichtlich einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten. (Frage an Johannes Vogel: Wie steht's eigentlich um die Reform des Arbeitszeitgesetzes?)

A Propos Flexibilität: Die gibt es in politischen Betrieben so gut wie gar nicht. Zumindest für das kommunalpolitische Ehrenamt sollten virtuelle Ausschusssitzungen möglich sein. Andernfalls ist es schwierig, insbesondere junge Leute für eine fünfjährige Mandatszeit zu begeistern. Gerade in jungen Jahren kann in so einem Zeitraum viel passieren. In meinem Fall wiederholen wir in der Zwischenzeit nicht nur die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen. 2023 entscheide ich mich dazu, wieder zu studieren - mit sechs Monaten Auslandsaufenthalt. Remote führe ich meine Arbeit für die BVV so gut es geht weiter fort. Ich reiche Drucksachen ein, bleibe im Austausch mit Stakeholdern und pflege weiterhin die Social-Media-Kanäle der „FDP-Gruppe“. Aber abstimmen und teilhaben kann ich in der Zeit nicht. Doch so viel steht fest: Kommunalpolitik ist viel mehr als das. Mit ein bisschen Kreativität und Engagement kann man wirklich coole Projekte umsetzen. Hier ein paar Beispiele:

3. The unconventional: Do it YOUR way!



2022 haben wir eine äußerst skurrile Situation in Mitte: Die Grünen wollen mit der autofreien Friedrichstraße Politik für die Unternehmen vor Ort machen, diese sind damit jedoch überhaupt nicht zufrieden und

erheben Klage. Nirgends werden die Interessen der Betroffenen auch nur einmal ordentlich erhoben. Also entscheide ich mich dazu, eine Projektwoche mit der Hochschule, an der ich selbst studiert habe (HMKW Berlin), zu starten. Mit 20 Studierenden entwickeln wir innerhalb weniger Wochen ein Partizipationsformat für die Friedrichstraße. Ich begleite das Projekt außerhalb der BVV-Zeit. Mit ein bisschen Überzeugungsarbeit bei den anderen BVV-Mitgliedern, dürfen die Studierenden das Projekt sogar vor der Bezirksbürgermeisterin vorstellen.

Daher mein Tipp an euch: Nutzt euren persönlichen Zugang und seid mutig! Manchmal ist der unkonventionelle Weg der beste, um eurer liberalen Idee mehr Gewicht zu verleihen.

4. Together, performance gets better



Als ein Späti-Betreiber aufgrund eines Verbots, das Berlinweit nur in Mitte gilt, fast Konkurs geht, entwickle ich eine Kampagne rund um die Forderung, Schankvorgärten vor Spätis in Mitte wieder zu erlauben. Mit den Hauptstadt- und Mitte-JuLis sowie dem Späti e.V. ziehen wir um die Häuser und verteilen Flyer für unsere Forderung. In der BVV reichen wir mehrere Drucksachen ein und erhalten nach einigen Monaten harter Arbeit Zustimmung in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Damit schaffen wir einen Wettbewerbsnachteil ab und sorgen dafür, dass die Späti-Kultur in Mitte erhalten bleibt.

Keep that in mind: Gemeinsam mit Verbündeten könnt ihr es schaffen, euren Forderungen noch mehr Aufmerksamkeit (bspw. durch Presseberichterstattung) zu verschaffen. Nutzt also euer Partei-Netzwerk für zielbringende politische PR!

5. Über den Parteitellerrand hinaus



Im Zuge der Haushaltsverhandlungen 2023 konnten wir als FDP erreichen, dass der Haushalt in Mitte liberale Handschrift trägt. Dafür mussten wir uns mit SPD und Grüne einigen. Bleibt nur abzuwarten, ob und inwiefern das Bezirksamt unserer Forderung eines Konzeptes gegen Leerstand in Einkaufsstrassen und Einkaufszentren und der besseren Bürgerinformation bei verkehrspolitischen Umgestaltungsmaßnahmen (Stichwort Friedrichstraße), nachkommt. **Das Schöne an der Kommunalpolitik ist vor allem, dass man parteiübergreifend vorwiegend konstruktiv zusammenarbeitet. Für erfolgreiche Verhandlungen braucht es Kompromissbereitschaft, keine Politik à la Parteilbuch, damit man gemeinsam zur besten Lösung in der Sache kommt.**

Ihr seht also, es gibt unterschiedliche Wege, in der Kommunalpolitik liberale Akzente zu setzen und sich politisch selbst - auf eine gewisse Art und Weise - zu verwirklichen. Grundsätzlich gilt aber auch wie bei meiner Erzählung: Learning by Doing. Wenn sich also die Möglichkeit für euch ergibt, mehr Verantwortung zu übernehmen, dann ergreift sie und: Do it your way!



TEXT: JOHANNA KOCH (28) ist Bezirksverordnete in Berlin Mitte und absolviert derzeit ihren internationalen Master in EU Policy & Governance. Ihr erreicht sie auf Instagram unter **@johannapikoch**



Das Wunder von

MONHEIM

Kommunaler Steuerwettbewerb in
Theorie und Praxis



Ein Gespenst ging 2012 um in Monheim am Rhein – das Gespenst des kommunalen Steuerwettbewerbs. Alle Mächte der alten Gerechtigkeitsdebatten haben sich seit jeher zu einer heiligen Hetzjagd gegen jeden Steuerwettbewerb verbündet – linke bis konservative Parteien, Aktivisten, Gewerkschaften und viele Unternehmen.

Bloß sollen Staaten wie Kommunen keinen Steuerwettbewerb betreiben. Es könne ja schließlich ein Wettbewerbsdruck entstehen, Steuern zu senken und damit zumindest kurzfristig auch die Staatsausgaben. Globale Mindeststeuern hingegen gelten als common sense. Dabei ist insbesondere kommunaler Steuerwettbewerb nicht nur im Ideal, sondern auch in der Praxis, ein Wachstumsgarant und Gerechtigkeitsmotor.

Steuerwettbewerb am Beispiel Monheim

Monheim in der Nähe von Leverkusen hatte 2011 einen Gewerbesteuerhebesatz von 435 Prozent, womit die heute 43.000-Einwohner große Gemeinde im Landesschnitt von Nordrhein-Westfalen lag. Durch einen Haushaltsüberschuss wurde der Hebesatz erst 2012 auf 300 Prozent, später sogar auf 265 Prozent gesenkt. Ebenso fiel der Grundsteuerhebesatz von 455 Prozent (2011) auf 385 Prozent (2016).

Ganz im Sinne kluger, angebotsorientierter Wirtschaftspolitik führte dies zu einer knappen Verdopplung (!) der Gewerbesteuereinnahmen innerhalb nur eines Jahres. Denn durch den niedrigen Hebesatz konnten neue Unternehmen angeworben werden. Die so erwirtschafteten Mehreinnahmen investierte die Gemeinde später vor allem in die Tilgung von Schulden.

Die Strahlkraft kommunalen Steuerwettbewerbs

Anders als man annehmen könnte, profitierte aber nicht nur Monheim von den

niedrigen Steuern und den damit einhergehenden steigenden Steuereinnahmen. Über Abgaben an übergeordnete Gebietskörperschaften wie Kreis, Land und den Bund, die wiederum verteilt werden, profitierten unmittelbar auch die Nachbarkommunen im Kreis Mettmann. Außerdem konnten keine nennenswerten Nebeneffekte wie Abwanderung von Unternehmen im Umkreis oder ähnliche Probleme festgestellt werden. Vielmehr wirkte sich die Steuerpolitik positiv auf den Arbeitsmarkt in der Region aus.

Studien, die das Wunder von Monheim untersuchen, zeigen zudem, dass Monheim disziplinierend auf die Nachbarkommunen wirkte. Es kam nicht zu einem hyperliberalen Wettlauf um niedrigere Steuersätze, sondern es wurde nur sehr viel wahrscheinlicher, dass Kommunen ihre Hebesätze nicht erhöhen, wenn sie sich in der Nähe von Monheim befanden – davon profitierten also auch die Unternehmen in den anderen Kommunen.

Wie immer freiheitlich: die Schweiz

Steuerwettbewerb auf niedriger, staatlicher Ebene gibt es auch in der Schweiz. Dort unterscheidet sich wegen des föderalistischen Charakters des schweizerischen Steuersystems die Steuerlast je nach Wohnort extrem. Die Kantone, aber auch die Gemeinden können Steuersätze und Bemessungsgrundlagen selbst festlegen. Das Traum des Niedrigsteuerlands Schweiz kommt maßgeblich wegen des funktionierenden Steuerwettbewerbs daher – und trotzdem ist die Schweiz noch nicht untergegangen. Und übrigens: in den Kantonen Obwalden und Schaffhausen gilt für kantonale Steuern eine Flat Tax. Des Weiteren schafft Steuerwettbewerb Anreize für effiziente staatliche Ausgaben. Wenn Kommunen wissen, dass sie im Wettbewerb um Steuerzahler stehen, sind sie motiviert, ihre Haushalte effektiv zu verwalten und Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Dies führt zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den finanziellen Mitteln und verhindert übermäßige Verschwendung. Sozial gerecht ist ein kommunales Finanzsystem, das die zur Verfügung stehenden Gelder effizient und zielgerichtet für das Wohl der Bürger einsetzt. Und die Bürger werden dies entsprechend honorieren oder eben sanktionieren.

Die Kantone, aber auch die Gemeinden können Steuersätze und Bemessungsgrundlagen selbst festlegen. Das Traum des Niedrigsteuerlands Schweiz kommt maßgeblich wegen des funktionierenden Steuerwettbewerbs daher – und trotzdem ist die Schweiz noch nicht untergegangen. Und übrigens: in den Kantonen Obwalden und Schaffhausen gilt für kantonale Steuern eine Flat Tax. Des Weiteren schafft Steuerwettbewerb Anreize für effiziente staatliche Ausgaben. Wenn Kommunen wissen, dass sie im Wettbewerb um Steuerzahler stehen, sind sie motiviert, ihre Haushalte effektiv zu verwalten und Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Dies führt zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den finanziellen Mitteln und verhindert übermäßige Verschwendung. Sozial gerecht ist ein kommunales Finanzsystem, das die zur Verfügung stehenden Gelder effizient und zielgerichtet für das Wohl der Bürger einsetzt. Und die Bürger werden dies entsprechend honorieren oder eben sanktionieren.

Ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt?

Steuerwettbewerb auf kommunaler Ebene ist eine furchtbar unterschätzte Möglichkeit,

die Kommunen und Kreise tatsächlich zu stärken und Wachstumsanreize auch durch kommunale Entscheidungsträger zu setzen. Im Sinne des Dezentralismus glauben wir Liberalen daran, dass Entscheidungen bestmöglich immer dort getroffen werden, wo sie Menschen betreffen und wo die Menschen die meiste Ahnung über örtliche Begebenheiten haben – wer, wenn nicht die Kommunen selbst, sollten also über mehr Steuerwettbewerb entscheiden?

Statt Steuerwettbewerb auf kommunaler Ebene reserviert und mit Angst gegenüber zu stehen, sollten wir Liberalen vielmehr mal darüber debattieren, ob wir nicht mehr kommunale Hebesätze auf Steuern haben wollen. Wären Hebesätze auf die Einkommenssteuer nicht beispielsweise für strukturschwache Regionen eine großartige Chance, junge wachstumsorientierte Menschen anzuziehen? Mehr Netto vom Brutto ist ein großartiger Anreiz, über den wir auch mal aus dieser Richtung debattieren sollten.

Mut statt linke Panikmache

Das Steuerwettbewerb nur reichen Regionen nütze und am Ende den Armen schade, ist widerlegter Unsinn. Die Lehren aus Monheim, aber auch aktuelle Beispiele aus Afrika, sollten uns ermutigen, die Freiheit der Kommunen zu fördern und vor Ort mutige steuerpolitische Entscheidungen zu treffen. In einer Welt des Wandels und der Dynamik kann der kommunale Steuerwettbewerb das Instrument sein, das lokale Gemeinden zu wahren Zentren des Fortschritts und der Innovation macht.

Dafür braucht es viel Überzeugungsarbeit in der öffentlichen Debatte und positives Bild vom Steuerwettbewerb als Wachstumsmotor, der am Ende wirklich allen zu Gute kommt. Und wir Liberalen müssen uns wieder öfter trauen, in steuerpolitischen Fragen (zu) große Vorschläge zu machen – kleinreden tun sie dann schon anderen. Vielleicht gilt aber auch hier ein Spruch Senecas: „Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“



TEXT:
TORBEN HUNSDÖRFER (19)

ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe und studiert Jura in Bielefeld. Er liebt Bücher, Kaffee, liberale Philosophen,

Taylor Swift und Bob Dylan. Ihr erreicht ihn unter torbenhundsdoerfer@julius.de

Raus aus den SCHULDLDEN

- Kommunal-Edition

Die Rathauspitzen in Deutschland schlagen Alarm: Die Kassen sind leer! Die kleinste deutsche Verwaltungseinheit, die Städte und Gemeinden, stehen vor den größten monetären Herausforderungen seit Jahren. Und von Bund und Land ist keine Entlastung zu erwarten. Was bedeutet das für die Regionen und welche Auswirkungen kann dieser Weg haben? In vielen Teilen unserer Republik war das hier lange Zeit ein bekanntes Bild: Überall wird gearbeitet, Baustellen an jeder Ecke, Schulen und Kitas werden neugebaut, Straßen saniert und Kunstrasenplätze schossen wie frisches Gras aus dem Boden vieler Sportanlagen. In deutschen Städten und Gemeinden wurde investiert, was der Haushalt hergab, um den teils immensen Sanierungsstau abzubauen. Die sicherlich auch oft als störend wahrgenommenen Baustellensperrungen und der Lärm der Arbeiten werden in Zukunft weniger werden. Allerdings nicht zwingend deshalb, weil alles auf dem neusten Stand ist, oder weil es keinen Verein mehr gibt, der einen neuen Sportplatz braucht, sondern weil den Haushalten der Kommunen die Puste ausgeht. Die Bertelsmann-Stiftung geht für die kommenden Jahre davon aus, dass die Kommunen dieses Landes auf absehbare Zeit kaum noch Geld zum Investieren haben werden, und dass trotz der Tatsache, dass gerade jetzt viel investiert werden muss. Energetische Sanierung von Gebäuden, Wärmeplanung von ganzen Quartieren und Ausbau des ÖPNV zur Verbesserung der Infrastruktur. Die Liste der Dinge, die zu tun sind, um



die Städte und Gemeinden fit für die Zukunft zu machen, kann fast endlos verlängert werden. Fest steht aber, das dafür gebrauchte Geld wird nicht da sein. Es wird aufgezehrt für dringend benötigtes Personal, für die zwingend notwendige Digitalisierung, für die Unterbringung von Geflüchteten und für den Erhalt der Infrastruktur, die schon da ist. Kommunen, bei denen es ans Eingemachte geht, die also nicht nur defizitär in die nun anstehenden Haushaltsberatungen gehen, sondern deren Haushalte so sehr ins Negative geschlagen sind, dass sie um die Haushaltssicherung fürchten müssen, werden vor allem bei so genannten freiwilligen Aufgaben sparen müssen. Das sind beispielweise Ausgaben für Kultur, Sport oder Wirtschaftsförderung, aber auch die Unterstützung von Vereinen und Ortschaften wird unter den Sparmaßnahmen leiden. Sicherlich werden viele Menschen unter Begriffen wie Haushaltssicherung und freiwilligen Aufgaben nicht viel vorstellen können, die Auswirkungen bei konkreten Sparmaßnahmen werden sie aber sehr schnell merken. Überhaupt ist es ein großes Problem, wenn die Kommunen als Financier des lokalen Lebens kaum noch etwas unterstützen können, was nicht zwingend notwendig ist. Denn die Menschen, die sich in den Gemeinden noch engagieren, werden diese fehlende Unterstützung, im Gegensatz zu vielen Beschlüssen auf Bundes- oder Landesebene, sofort merken. Wer im Rheinland lebt, dem ist der Karneval nicht fremd. Schon lange ist es aber kaum denkbar, dass der Karneval nur aus der ehrenamtlichen Arbeit gestemmt werden

kann. Oft müssen Sicherheitskräfte bezahlt werden, Bühnen- und Tontechniken gemietet werden und Bonbons gekauft werden. Die Menschen, die sich dort engagieren, machen das mit vollem Herzblut und auch viel eigenem Geld. Aber ungeplante, kleine Defizite müssen abgefangen werden, um den Ehrenamtlichen die nötige Planungssicherheit zu geben, dass im Falle des Falles eine Unterstützung durch die Stadt vorhanden wäre. War das in der Vergangenheit zumeist kein Problem, wird in der Zukunft eine Unterstützung seitens der Städte keine Selbstverständlichkeit mehr sein und so mancher Verein schlimmstenfalls sein Engagement aus Angst vor finanziellen Risiken überdenken. Genauso sieht es bei der Ausrüstung der Feuerwehren aus, die ganz sicher noch einen ganz anderen Stellenwert in der Gesellschaft genießen dürften. Die Kameradinnen und Kameraden setzen sich für die Allgemeinheit ein, brauchen dafür aber passendes Equipment und funktionierende Infrastrukturen. Kommunen, die ihre Feuerwehren in den vergangenen Jahren nicht mit neuen Feuerwehrrachen ausgestattet haben, werden in Zukunft deutlich mehr Überzeugungsarbeit leisten müssen, um die Mitglieder motiviert zu halten, da hohe Investitionen vielerorts nicht mehr zu stemmen sein werden. Gleiches gilt für die kulturellen Angebote vor Ort. Sei es ein dringend benötigtes neues Theater oder nur eine neue Aula für die Schulen, seien es neue Bälle für die Turnhallen oder der neue Belag auf der lokalen Skater-Anlage. Dinge, die viele Menschen schätzen gelernt haben und die die Qualität des Lebens vor Ort steigern würden, ste-

hen unter großer Beobachtung. Um gesellschaftlichen Sprengstoff zu vermeiden wäre es ein dringendes Gebot der Stunde, die kommunale Finanzierung nicht allein den Menschen in den Räten zu überlassen, die zwischen den vielen Pflichtposten der Haushalte schon jetzt kaum noch aktiven Gestaltungsspielraum haben. Vielmehr ist die Politik in den höheren Ebenen gefragt, die Kommunen wirkungsvoll zu entlasten, Arbeitsabläufe zu entschlacken und vor allem die Kommunen mit der Finanzierung von Aufgaben, die aus Land und Bund an die Kommunen abgegeben werden, nicht allein zu lassen. Denn nicht nur sinkendes Engagement der Menschen in den Vereinen und Organisationen vor Ort ist bei schwindender Zahlungsfreude der Kommunen zu befürchten. Die politisch aktiven Menschen selbst verlieren auch den Spaß an der Arbeit, wenn es für sie nichts mehr zu gestalten, sondern nur noch zu verwalten gibt. Im Sinne einer guten Prävention vor Politikverdrossenheit und schwindendem bürgerschaftlichen Engagement ist die Neuausrichtung der kommunalen Finanzierungen schon längst keine freiwillige Aufgabe mehr – sie ist die neue Pflichtaufgabe der großen Politik in diesem Land.



TEXT:
LUCAS VAN STEPHOUDT (29)
ist Gründungsmitglied der Julis Kreis Kleve und Wirtschaftsförderer der Stadt Geldern. Er ist Karnevalspräsident und Vollblutehrenamtler. Studiert nebenbei den MBA in Berlin und Berät im Bereich Kommunikation. Ihr erreicht ihn unter Lucas.van.stephoudt@hotmail.com



Autoarme Innenstadt? Ja!

Die Innenstadt ist nicht nur das Herzstück, sondern auch das wichtigste Merkmal der „Europäischen Stadt“. Eine historische Errungenschaft, die nun in unseren Händen liegt. Sie wurde in den letzten 70 Jahren immer wieder überformt und unterlag dabei immer dem Ideal der „autogerechten Stadt“. Keine hypothetische Erfindung, sondern tatsächlich die zentrale Vision der Verkehrsplanung der vergangenen Jahrzehnte. Unter dem Gesichtspunkt der Effizienz ist dies nur allzu verständlich, jedoch hatte diese Überlegung einen maßgeblichen Haken. Effizienz schafft Rationalisierung, welche wiederum weder Aufenthaltsqualität noch städtisches Leben fördert. Obendrauf kommt heute noch ein weiteres Phänomen: klar, eine schnelle PKW-Erreichbarkeit der Innenstadt ist effizient, aber Onlinekauf und Lieferung ist noch effizienter. Deshalb

finden wir unsere Zentren heute in einer ökonomischen Krise vor. Was dies mit dem Autoverkehr zu tun hat? Fakt ist, der öffentliche Raum ist begrenzt und knapp. Ein einseitig gestalteter Straßenraum führt zu einseitigen Abhängigkeiten. Wollen wir unsere Innenstädte erhalten, müssen wir sie neu gestalten und dies ist nur auf Kosten des aktuell dominierenden Autoverkehrs möglich. Wichtig ist, dass PKW-Reduzierung kein Selbstzweck ist, böse Beispiele wie die Friedrichstraße in Berlin warnen davor. Viel mehr bedeutet PKW-Reduzierung die belegten Flächen für neue, individuellere Nutzungen freizugeben. Was damit gemeint ist? Innenstädte haben durch die Dominanz des Online-Handels sowie den Einkaufszentren am Stadtrand längst ihre Funktion als reine Konsumkulisse verloren. Im Vordergrund stehen nun wieder Gastronomie, Dienstleistungen, Kultur, Wohnen, ja sogar klein-

teilige Produktion samt Start-ups. All diese Branchen leben nicht von einer zielgerichteten Erreichbarkeit mit dem PKW, bei welcher jede schnelle Zufluss, auch einen schnellen Abfluss bedeutet. Die Innenstadt kann von vielen einzelnen Zieleinkäufen nicht überleben. Statt einer reinen Konsumkulisse muss die Europäische Innenstadt wieder zu einer Lebenskulisse werden. Weiterentwickelt nicht zu irgendeinem, sondern dem zentralen Anlaufpunkt für Leben, Freizeit und Konsum. Insbesondere der Einzelhandel ist angewiesen auf seine Laufkundschaft. Unterm Strich heißt das: jede Verbesserung der Aufenthaltsqualität bedeutet nichts anderes als einen zusätzlichen Anreiz für Aufenthalt.

Nicht zu vergessen ist, dass sich ein lebenswerter Raum durch das wichtigste liberale Ideal auszeichnet – Freiheit. Selbstverständlich schafft die reine Abwesenheit von PKWs noch keine neue Freiheit, eher im Gegenteil. Sehr wohl aber die Nutzung des freierwerdenden Potentials in der flächendeckend hochverdichteten Innenstadt. Die Enge und Dichte in den Zentren konfrontiert uns andererseits auch mit der ökologischen Krise der Innenstädte. Hier zeigt sich insbesondere der zentrale Nachteil von PKWs auf engem Raum: eine erhebliche Beeinträchtigung der Luftqualität gepaart mit ständigem Lärm. Wollen wir jedem Menschen die Möglichkeit geben, sich sicher und frei in unseren Zentren bewegen zu können, kommen wir nicht drum herum die Zahl der PKWs zu reduzieren. Nicht zuletzt bedeutet Umgestaltung auch die konsequente Bekämpfung von Hitzeinseln und damit die Schaffung von Bäumen und Stadtgrün. Die Räumlichkeiten für diese können dabei nur aus einer Neuverteilung der Flächen kommen. Und selbstverständlich nützt all die attraktive Umgestaltung nichts, wenn das Zentrum nicht erreichbar ist. Aber tatsächliche Freiheit kann nur durch Freiheit bei der Mobilität gesichert werden. Einseitige Privilegierung eines Verkehrsträgers ist nichts anderes als Bevormundung. Und wollen wir unsere Zentren erhalten, muss an dieser Stelle der Grundstein für eine freiheitliche Ausgestaltung von Mobilität gelegt werden. Denn erst wenn sich unsere Innenstädte wieder am Menschen als Individuum ausrichten, können wir weiterhin in ihren Genuss kommen. Dafür ist eine PKW-Verkehrsberuhigung stets der erste und wichtigste Schritt, um der Freiheit wieder mehr Raum zu geben.

Sollten wir als Liberale das Ziel einer autoarmen Innenstadt begrüßen und darauf hinarbeiten?

Nein, wir Liberale sollten keine Politik verfolgen, die versucht individuelles Verhalten fein zu steuern. Dieser Satz trifft meine Haltung auf den Kopf, wird für sich allein genommen der Bedeutung des Themas aber noch nicht gerecht. Denn ich will anerkennen, dass die andere Seite dieser Diskussion eine attraktive Erzählung hinter ihrer politischen Idee hat. Ich will anerkennen, dass man bei Anblick, Geruch und Akustik einer großstädtischen Rush-Hour ins Träumen kommen kann, wie schön eine Innenstadt ohne Autos wäre. Viele Argumente dafür wird mein Gegenpart in seinem Artikel genannt haben. Hier kommt die andere Perspektive.

Vollkommen klar muss in dieser Debatte zunächst sein, dass nur eine solche Verkehrspolitik auf Mehrheitsfähigkeit hoffen darf, die nicht einseitig Partei für ein Verkehrsmittel allein ergreift. Es geht um die Vielfalt der Fortbewegung. Was für die Befürworter der autoarmen Städte die Pop-Up-Cafés in ehemaligen Parkbuchten sind, ist für mich eine Zukunftsvision, in der Menschen mit ganz unterschiedlichen Zielen, Ansprüchen und Budgets komfortabel, sicher und pünktlich ihre Ziele erreichen. Dazu gehören sichere Bedingungen für Fußgänger auf der Kurzstrecke, gepflegte und sinnvoll angeschlossene Fahrradwege zur Überwindung kurzer und mittlerer Strecken je nach Saison, ein im Rahmen der Wirtschaftlichkeit attraktiver ÖPNV, On-Demand-Angebote und so weiter. Es gehört aber auch das Auto an prominenter Stelle mit dazu, weil es unschlagbar komfortabel, flexibel und unabhängig ist.

Das ist nicht nur meine Position, sondern die in Deutschland vorherrschende Meinung. Umfragen zu diesem Thema belegen regelmäßig die Stellung des Autos als das am stärksten genutzte Ver-

kehrsmittel, die negative Einstellung zu Parkraumverknappung oder steigenden Kraftstoffpreisen und den mangelnden Willen von Autofahrern ihren PKW aufzugeben. Noch viel anschaulicher sind die stark mobilisierenden Gegenbewegungen zu einschlägigen Politiken der sogenannten Verkehrswende. Es ist trivial, dass die Wahl zur Bürgerschaft in Bremen auch an der „Brötchentaste“ für Kurzparker und die zum Berliner Abgeordnetenhaus auch auf der für Autos gebannten Friedrichstraße entschieden wurde. In den Flächenländern stehen und fallen die Wahlergebnisse von Bürgermeistern und Parteien regelmäßig mit Fragen von Anwohnerparkgebühren, Umgehungsstraßen und Straßenführung. Die Stellung des Autos sei nur Resultat mangelnder Alternativangebote, behauptet die Gegenseite gerne. Dabei bestehen entsprechende Angebote schon heute und werden rege genutzt. Mit dem Deutschlandticket existiert mittlerweile eine überwiegend aus Steuergeldern finanzierte Monatskarte, der Branchenverband VDV berichtet, dass noch nie so viel ÖPNV gefahren wurde wie heute und der Anteil der Deutschen, die regelmäßig Rad fährt, liegt knapp 50% höher als im EU-Schnitt.

Wenn wir uns nun die ungebrochen starke Stellung des PKW auf der einen und die große Bedeutung von ÖPNV und Fahrrad auf der anderen Seite angucken, dann zeigt sich, dass die verkehrspolitische Debatte über pauschal weniger Autos an der Realität vorbeigeht. Die Menschen sind nämlich scheinbar unbeeindruckt von ideologischer Rhetorik, reagieren aber empfindlich, wenn aus Rhetorik praktische Einschränkungen ihrer Mobilitätsfreiheit werden. Sie fordern mit ihrem Verhalten ein 'Sowohl als auch' statt eines 'Entweder oder'.

Diese Haltung zeigt den Weg zu einer breit mehrheitsfähigen Verkehrspolitik auf. Eine solche Politik muss dem Mobilitätsverhalten der Bürger dienen, statt zu versuchen es zu steuern. Dazu gehören gewiss Ange-

bote zur Elektrifizierung des PKWs im Angesicht steigender Preise für fossile Kraftstoffe, die Korrektur der ein oder anderen Planungssünde zu Ungunsten des Fahrradverkehrs oder das Schließen von Versorgungslücken im Bus- und Bahnnetz. Dazu gehört aber genauso die Einsicht, dass Städte fast ohne Autos genauso wenig erstrebenswert wie realistisch sind, wenn über 80% der Wege damit zurückgelegt werden.



**TEXT (JA):
TOM KÜHNEL (21)**
studiert Urbanistik (Stadt-/Raumplanung) an der Bauhaus-Universität Weimar und ist dort im Kreisvorstand der JuLis. Er setzt seinen inhaltlichen Fokus insbesondere auf die Kommunalpolitik und Demokratieförderung. Für Anregungen oder Austausch erreichst du ihn unter t7kuehnel@gmail.com



**TEXT (NEIN):
LEONARD
KERN-WAGNER (23)**
sitzt im Rat und Verkehrsausschuss seiner Heimatstadt Erkrath, ist Vorsitzender der Jungen Liberalen im Bezirksverband Düsseldorf und war von 2021-2023 Chefredakteur der *jung+liberal*. Ihr erreicht ihn unter: kern-wagner@julis.de



„KOMMUNEN an Belastungsgrenze“. „Kapazitäten erschöpft“. Das liest man, wenn man im Internet nach den Wörtern Kommunen und Migration sucht. Laut dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages sei „an ordentliche Integration der Geflüchteten kaum noch zu denken“. Und er fordert mehr Unterstützung für die kommunale Ebene.

Aber wie kann und muss diese Hilfe aussehen? Was können Bund und Länder tun, um die Integration vor Ort zu erleichtern? Und wo können Städte und Landkreise besser werden?

Bevor wir uns Gedanken über Lösungen machen, müssen wir uns ansehen, wo die Schwierigkeiten vor Ort liegen. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler beschreibt ein Landrat aus Bayern die Probleme wie folgt: Wohnraum ist knapp – in Flüchtlingsunterkünften und am allgemeinen Wohnungsmarkt. Bereits anerkannte Asylbewerber, die keine Wohnung finden können, bleiben dann in der Asylbewerberunterkunft, was die Kapazitäten dort noch mehr belastet. Die Ressourcen bei Kinderbetreuungsplätzen oder Sprachkursen reichen nicht aus. Die Sachbearbeitung in der Verwaltung kann Anträge nicht schnell genug bearbeiten. Und es gibt zu wenig Betreuungskräfte – egal ob haupt- oder ehrenamtlich. Die Integrationshilfe bleibt hinter dem eigenen Anspruch zurück.

Diese Probleme verstärken sich gegenseitig. Für uns bedeutet das: Es braucht eine umfassende Lösung, die alle Probleme anpackt. Isolierte Einzelmaßnahmen würden keine spürbaren Entlastungen bringen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist für die Bewältigung migrationsbedingter Herausforderungen von großer Bedeutung – in vielen Aspekten, nicht nur finanziell. Für wirksame Unterstützung ist ein ganzheitliches, strategisches Handeln aller staatlichen Ebenen notwendig, um nachhaltige Lösungsansätze zu entwickeln. Bund und Länder müssen rechtliche Grundlagen und Leitlinien etablieren, die es den Kommunen erlauben, Migration effektiv und fair zu managen – und selbst da tätig werden, wo die kommunale Ebene es nicht mehr kann.

Die Bundesebene ist dabei bereits erste Schritte gegangen. Mit einer Milliarde Euro Förderung für Länder und Kommunen sollen nun Ausländerämter digitalisiert und lokale Integrationsarbeit unterstützt werden. Bundespolitisch ist gerade allgemein viel Bewegung in der Migrationspolitik. Das FDP-Bundespräsidium hat erst im September ein Positionspapier beschlossen, in dem

viele wichtige Punkte angestoßen werden. Weniger irreguläre Migration, schnellere Verfahren (die in klaren Fällen abgeschlossen sind, bevor eine Zuteilung auf eine Gemeinde stattfindet) und ein gemeinsames europäisches Vorgehen sind nur einige davon. Und der Bundestag hat kürzlich Rückführungen vereinfacht. Auf Dauer können Kommunen nur entlastet werden, wenn Zuwanderung über legale, geordnete Wege und mit einer EU-weiten Verteilung stattfindet. Um irreguläre Migration einzudämmen, müssen wir dabei auch konsequent gegen Schleuser vorgehen. Einerseits, indem wir Frontex die nötigen Mittel bereitstellen, um die EU-Außengrenze angemessen zu kontrollieren. Insbesondere aber auch, indem wir klare legale Einwanderungsperspektiven schaffen und Schleuser obsolet werden lassen. Wenn Asylanträge etwa bereits außerhalb der EU geprüft wer-

den, schafft das nicht nur früher Klarheit für die Betroffenen, es beschleunigt auch Verfahren und entlastet Flüchtlingsunterkünfte, da Kapazitäten auf Menschen mit guter Bleibeperspektive konzentriert werden können. Wichtig für die Integration vor Ort wäre allerdings auch die Harmonisierung der Standards für Integrationskurse oder die Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Der Weg von der Ankunft bis zu einer eigenständigen Existenz, insbesondere einem Arbeitsplatz, muss so einfach wie möglich werden.

Die Landesebene muss noch besser als Bindeglied zwischen Bund und Kommunen fungieren. Einerseits ist sie für Gesetzgebung zuständig, vor allem aber muss Probleme lösen, welche die Kommunen allein nicht zu lösen imstande sind.

Länder müssen Anreize für Integration setzen und Ressourcen bereitstellen – etwa für

Bildungseinrichtungen und Arbeitsämter. Überregional organisiert werden muss auch die Flächenabdeckung mit Fachpersonal: Vor allem an Experten in Integrationsfragen, Sozialarbeitern und Übersetzern mangelt es oft auf kommunaler Ebene. Auch die psychologische Behandlung eventueller Traumata kann nicht in einer Gemeinde organisiert werden. Ziel muss ein überregionaler Fachkräftepool sein, auf den Kommunen bei Bedarf zurückgreifen können.

Außerdem können Bund und Länder bei der Entwicklung und Implementierung von Projekten zur beruflichen Eingliederung helfen. Das umfasst Unterstützung bei Sprachkursen, Qualifikationsprogrammen und die Vermittlung von Praktika oder Ausbildungsstellen, um Migranten schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur die Landesebene ist dazu imstande, Plattformen zu schaffen, die zwar groß genug, aber trotzdem räumlich so begrenzt sind, dass sie einen tatsächlichen Mehrwert für die Arbeit vor Ort bieten. Die Initiative dazu wird aber wohl nicht von den Ländern selbst kommen – es geht ja schließlich um ihr Geld. Die Initiative zur engeren Zusammenarbeit muss von den Kommunen selbst ausgehen.

Rechtlich muss es vor allem Anpassungen im Baurecht geben. Die einzig sinnvolle Antwort auf einen angespannten Wohnungsmarkt ist es, mehr und schneller zu bauen. Vor allem die Bauordnungen der Länder sind voll mit Bürokratie und Hürden für Bauherren. So wird es nichts mit einer Entlastung der Asylunterkünfte durch mehr Wohnungen, die im gesamten Gemeindegebiet verteilt sind. Denn auch wenn Nachbarschaften immer wieder Anlass für wilde und kuriose Rechtsstreitigkeiten sind – sie sind auch ein wichtiger Integrationsfaktor. Über alle Verwaltungsebenen hinweg müssen Koordination und Informationsaustausch besser werden. Ein regelmäßiger Austausch, gemeinsame Wissensplattformen und die Erarbeitung gemeinsamer Strategien könnten die Arbeit in der Integration wesentlich voranbringen. Zusammengefasst: Es ist entscheidend, dass Bund und Länder die Kommunen als gleichwertige Partner im gesellschaftlichen Prozess anerkennen und entsprechend handeln.

Uns muss allerdings klar sein: Maßnahmen, die von Bund und Ländern umgesetzt werden, wirken zwar langfristig, aber nicht sofort. Auch bei der Integrationsarbeit vor Ort sind Reformen notwendig. Es kann nicht unsere langfristige Lösung sein, dass der Bund nur mehr Geld an Länder und Kommunen zahlt, mit dem Integrationsarbeit finanziert wird. Auch von der Kommunalpoli-

tik sind nun innovative Lösungen gefordert. Dabei darf sie keinesfalls nur als Weisungsempfänger von höheren Ebenen verstanden werden. Gemeinden müssen weitreichende Freiheiten haben, die Aufnahme von Asylbewerbern und ihre Integration so zu gestalten, wie es für sie am besten passt. Es gibt Unterschiede zwischen Städten und Gemeinden, die berücksichtigt werden müssen. Allein schon, weil die kommunale Ebene in verschiedenen Ländern unterschiedlich strukturiert ist, der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund mancherorts höher ist als anderswo, Integration auf dem Land anders aussehen muss als in der Stadt und schlicht, weil nicht überall gleich viele Asylsuchende untergebracht sind. Bund und Länder müssen klare Leitlinien bereitstellen, auf deren Basis dann vor Ort mit größtmöglicher Freiheit Integrationsarbeit betrieben werden kann.

Integration müssen wir fördern und fördern. Dafür braucht es einen klaren Plan, ein klares Integrationskonzept, was bei weitem noch nicht in allen Städten und Landkreisen existiert. Die Situation vor Ort ist von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, also ist es Aufgabe der Kommunalpolitik, klare Leitlinien zu entwickeln, wie Integration ablaufen soll und welche Ziele angestrebt werden. Auf Basis dieser Konzepte können dann konkrete Einzelmaßnahmen entwickelt werden. Menschen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, müssen die Möglichkeit bekommen, an Integrationskursen teilzunehmen und zu lernen, wie das Leben in Deutschland aussieht und wie sie sich eine Existenz hier aufbauen können. Klar im Fokus soll dabei allerdings auch die Integration in den Arbeitsmarkt sein – zum Beispiel mit berufsspezifischen Sprachkursen. Diese Angebote müssen dann allerdings auch wahrgenommen werden. Dabei können auch Angebote geschaffen werden, die über einen reinen Frontalunterricht hinausgehen. In einem Mentorenprogramm könnten diejenigen, die bereits länger in Deutschland leben und integriert sind Verantwortung für jemanden übernehmen, der gerade erst in der Gemeinde angekommen ist. Das schafft erste Anknüpfungspunkte und macht Integration praktischer, statt sie nur im Klassenzimmer mit Fokus auf Arbeit und Sprache stattfinden zu lassen. Arbeit und Sprache sind die essenziellen Grundlagen, tatsächliche Integration findet aber im Leben statt und nicht im Klassenzimmer.

Wer weniger Bürokratie will, muss klare Zuständigkeiten schaffen und kurze Wege zwischen verschiedenen relevanten Sta-

tionen schaffen. Nicht wenige Kommunen haben seit 2015 ihre Organisationsstrukturen angepasst, um die Sachbearbeitung effizienter zu machen. Besonders beliebt ist dabei das Migrationsamt, bei dem Ausländeramt um Kompetenzen im sozialen Bereich und bei der Integration so erweitert wird, dass ein Großteil der für Asylsuchende wichtigen Anträge in einem Haus bearbeitet werden können. Vor allem bei kleineren Gemeinden bietet es sich an wichtige Aufgaben gemeinsam anzugehen. Das kann über die Landesebene funktionieren – oder es werden im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit gemeinsame Angebote entwickelt, die auf die Situation vor Ort zugeschnitten sind.

Migration ist ein Prozess. Der erste Teil dieses Prozesses, von der Abreise im Herkunftsland bis zur Unterbringung in einem Asylbewerberheim im Zielstaat, ist häufig Teil unserer politischen Debatte. Der zweite Teil – die Integration und der Übergang in die vom Staat unabhängige, eigene Existenz – wird deutlich seltener diskutiert. Wir sollten diesen Teil aber deutlich mehr diskutieren. Denn egal, wie geordnet Migration nach Deutschland abläuft – wenn Migranten den Schritt in die Eigenständigkeit nicht gehen können, bringt es uns nicht viel, dass sie zuvor geordnet nach Deutschland gekommen sind. Vielmehr müssen beide Teile Hand in Hand gehen. Wir müssen verhindern, dass zu viele Menschen ohne Bleibeperspektive überhaupt in die kommunalen Asylbewerberunterkünfte kommen. Dann müssen sie aber auch so schnell wie möglich in die Eigenständigkeit gelangen. Solange uns das nicht gelingt, wird so bald keine einzige Kommune spürbar entlastet. Und Menschen, die mit ihrer Arbeit einen wertvollen Beitrag zum Wohlstand in Deutschland leisten könnten, stehen in der Schlange vor dem Amt.



TEXT:
KAI FACKLER (21) ist stellvertretender Landesvorsitzender der Julis Bayern. Neben dem Studium arbeitet er im Bundestag und beschäftigt sich dabei vor allem mit liberaler Migrationspolitik. Du erreichst ihn über kai.fackler@julis-bayern.de



ALI ABO-HAMOUD (28) ist Mitglied seit 2021 bei Julis und der FDP und Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Migration und Integration. 2015 ist er als Geflüchteter nach Deutschland gekommen. Schreiben kannst du ihm an ali.abo-hamoud@julis.de

Integration vor Ort

Wie unterstützen wir Kommunen?

Anfeindungen und Bedrohungen gegen Bürger- meister:innen in Hessen

Zwischenergebnisse einer qualitativen Studie

Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Hessen erfahren immer häufiger Anfeindungen und Bedrohungen. Ist verbale Gewalt im Amt die neue Arbeitsrealität? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Studie des Demokratiezentrum Hessen, von der erste Zwischenergebnisse vorliegen. Diese zeigen eine Kontinuität negativer Erfahrungen bei den Befragten. Die folgenden Zwischenergebnisse stammen aus der qualitativen Studie „Anfeindungen und Bedrohungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Hessen“, für die insgesamt 20 Bürgermeister:innen interviewt wurden. Alle Befragten gaben an, schon einmal im Rahmen ihrer Tätigkeit diffamiert worden zu sein. Auch von diversen Bedrohungssituationen konnte berichtet werden.

Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist auch im Selbstverständnis näher an den Menschen, als bspw. Bundes- oder Landespolitik: Wie wird der Verkehr und der ÖPNV vor meiner Tür geregelt? Gibt es genug Wohnraum, Kita-Plätze oder Freizeitangebote in meinem Ort? Lokalpolitische Konflikte sind selten abstrakt, sondern Teil des Alltags in einer Kommune. Entsprechend frustrierend kann die Unzufriedenheit mit politischen Entschei-

dungen sein, die sich unmittelbar auf das eigene Leben auswirken. Doch es scheint, mit Blick auf die Interviews, als würden sich immer mehr Menschen vom politischen Diskurs abwenden und stattdessen versuchen, ihren Willen mit aggressivem Verhalten und Anfeindungen durchzusetzen. Betroffene dieser gewaltvollen Auseinandersetzungen sind in diesem Fall primär Bürgermeister:innen und städtische Angestellte, die sich plötzlich nicht mehr mit sachlichen, sondern mit hochemotionalen Debatten konfrontiert sehen. Kommunen und deren Verwaltungen befinden sich im Spannungsfeld der Anforderungen von Bund, Land, Kreis und Gesellschaft. Dabei agieren sie weniger in einer gestaltenden als in einer verwaltenden Position. Kommt die Komplexität politischer Prozesse hinzu, wird es zunehmend herausfordernd den Bürger:innen zu vermitteln, dass ihr zu meist berechtigtes Anliegen nicht positiv entschieden werden kann oder die kommunale Verwaltung gar nicht zuständig ist.

Konflikte gehören dazu

Konflikte bzw. das Lösen von Konflikten ist fester Bestandteil der Politik und somit auch

dem Amt als Bürgermeister:in inhärent. Verschiedene Positionen und Interessenlagen müssen in einem Kompromiss zusammengeführt werden, um in einer politischen Entscheidung zu münden. Dabei kann die Kompromissfindung mal mehr, mal weniger erfolgreich sein. Ausschlaggebend ist hierbei eine gesunde Streitkultur, z.B. in der Stadtverordnetenversammlung, anderen politischen Gremien oder in der Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen. Die Erfahrungen der Befragten fallen sehr unterschiedlich aus: von guter kooperativer Zusammenarbeit bis zu unkooperativem Verhalten, was Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit und Effizienz zur Folge haben kann.

Beleidigung und Bedrohung

Könntest du dir vorstellen, einen Beruf zu haben, bei dem du auf offener Straße angeschrieben oder per Mail und Brief anonym beleidigt oder bedroht wirst, Menschen bei dir Telefonterror betreiben, üble Hasskommentare oder Leserbriefe über dich veröffentlichen, Abos auf deinen Namen abschließen oder bei dir zu Hause klingeln und dich oder deine Familienangehörigen anschreien?

Wahrscheinlich kann sich niemand mit einer solchen Berufsbeschreibung anfreunden – doch das ist vielerorts die Realität von Bürgermeister:innen. Dabei ist auffällig, dass sich die Personen, welche beleidigen und bedrohen, nicht unbedingt einem politischen Spektrum zuordnen lassen. Es sind zumeist unzufriedene Bürger:innen, welche die städtische Verwaltung als reine Dienstleisterin verstehen und ausfällig werden, wenn ihr Anliegen nicht ihren Erwartungen entsprechend erfüllt wird. Natürlich konnten während Corona und der sog. Montagsdemos viele anonyme Schreiben und andere Aktionen einem im Kern demokratiefeindlichen politischen Spektrum zugeordnet werden. In der Vergangenheit kam es mancherorts zu Demonstrationen vor dem Wohnhaus eines Bürgermeisters durch rechtsextreme Gruppierungen, nachdem ein Nutzungs- und Verbot für städtische Gebäude ausgesprochen wurde. Obwohl fast alle Kommunen angaben, schon einmal anonyme Schreiben von Reichsbürger:innen erhalten zu haben, bilden Anfeindungen aus einem demokratiefeindlichen oder rechtsextremen

Spektrum eher die Ausnahme. Eine weitere große Gruppe, welche vor allem durch unfaires Verhalten in Form von Unsachlichkeit oder Grenzüberschreitungen auffällt, sind andere Politiker:innen. Vorwürfe von Korruption oder Unfähigkeit, Beschuldigung der Lüge und Unterstellungen können immer wieder im politischen Betrieb beobachtet werden. Einer der Gründe dafür ist zumeist die Umsetzung der eigenen politischen Agenda. Anschuldigungen und Falschaussagen werden allerdings nicht nur von Politiker:innen getroffen, sondern können auch in Form von Kommentaren im Internet oder als Leserbriefen in den Printmedien auftreten. Sich gegen Aussagen mit geringem Wahrheitswert zur Wehr zu setzen, kann mühsam sein und ist nicht immer erfolgreich, was eine Beeinträchtigung von Glaubwürdigkeit und beruflichem Ansehen zur Folge haben kann.

Einzelfälle oder neue Normalität?

Von den 20 Befragten gaben alle an, bereits einmal beleidigt oder bedroht worden zu sein. Dies deckt sich mit anderen empirischen Untersuchungen: Bei einer Umfrage



TEXT:
NORA MARLEEN ZADO
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promovierende am Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität in Marburg. Europäische Ethnologie und Kulturwissenschaft, Empirische Kulturwissenschaft (M.A.). Forschungsschwerpunkte sind kommunales Konfliktmanagement sowie Polizei und Zivilgesellschaft

der Zeitschrift Kommunal aus 2020 gaben 64% der befragten Kommunalpolitiker:innen an, „im Rahmen Ihrer Tätigkeit selbst schon einmal beleidigt, beschimpft, bedroht oder sogar tötlich angegriffen worden“ zu sein. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt die Studie „Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen“ (Bannenberg / Pfeiffer / Erb, 2021) der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Wer will den Job noch machen?

Bei der Auseinandersetzung mit den Erfahrungen, die viele Menschen im Amt machen, scheint die Frage berechtigt, ob in Zukunft überhaupt noch jemand das Amt als Bürgermeister:in begleiten will. Wir wollten von den Befragten wissen, ob Sie mit heutigem Wissen noch einmal antreten würden. Etwa 89% der Befragten antworteten mit einem klaren „Ja!“, denn trotz der negativen Erfahrungen ist das Amt für viele Menschen nach wie vor ein Traumjob:

„[Es] ist ein ganz toller Job und es macht Spaß. Überwiegend macht es wirklich Spaß. Und [...] also sagen wir mal die Anzahl der Beleidigungen ist im Verhältnis oder im Anteil der Zeit weitaus geringer als die positiven Erfahrungen. Ganz deutlich.“

Unabhängig von bestehenden Angeboten für betroffene Bürgermeister:innen, ist die beste Prävention, die kommunalen Möglichkeiten für einen produktiven Austausch wahrzunehmen und sich zu beteiligen.

Kontaktinformationen für Betroffene aus Hessen:

Demokratiezentrum
beratungsNetzwerk hessen
Gemeinsam für Demokratie
gegen Rechtsextremismus
Philipps-Universität Marburg
Institut für Erziehungswissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg

Hilfe und Angebote für kommunalpolitisch Verantwortliche:
https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2020/10/final-12-3-2020-bnh_falt_kommunalpolitik-3.pdf

Beratungsangebote für Kommunen:
<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/bildungs-und-praeventionsangebote/angebote-fuer-kommunen/>

Betroffene aus anderen Bundesländern finden bei ihren jeweiligen Demokratiezentren Unterstützung und Beratungsangebote.

MÜNCHNER SKYLINE - KANN SICH HIER WAS VERÄNDERN?

Oder: Wie kann Bürgerpartizipation gelingen?

München ist nicht Frankfurt, London oder Paris. Und das ist auch gut so. München ist eine europäische Großstadt mit ihrem ganz eigenen Charme. Gleichzeitig macht auch dieser Charme den Standort so attraktiv, dass Google, Apple und andere internationale Großkonzerne ihre Standorte in München weiter ausbauen. Die Bevölkerungsprognosen für München sehen weiter ein Wachstum voraus. Das heißt: Wir brauchen weiter mehr Wohnraum, aber auch Gewerbeflächen. Gleichzeitig möchte man den Flächenverbrauch in Zukunft, soweit es geht, reduzieren, man erinnere sich vielleicht an „Rettet die Bienen!“. Eine Lösung daher: Wir bauen einfach höher auf den Flächen die schon versiegelt sind! Das heißt zum einen den Dachausbau voranzutreiben, um in bestehenden Wohnhäusern noch mehr Wohnfläche zu schaffen. Aber das heißt für uns auch an bestimmten ausgewählten und geeigneten Stellen über Hochhäuser nachzudenken. Was in anderen Städten vielleicht auch ganz normal erscheint ist in München politisch dabei aber beinahe schon heikel. Es gab 2004 ein Bürgerentscheid, der die Höhe für neue Bauvorhaben auf 100 Meter begrenzen wollte. „Nichts soll höher gebaut werden als die Frauenkirche!“, hieß es damals. Auslöser



war übrigens ein Hochhausprojekt in Neuhausen-Nymphenburg, die „Friends Tower“. Der Bürgerentscheid wurde mit 50,8% angenommen. Rechtlich hat ein Bürgerentscheid in Bayern eine Bindungswirkung von einem Jahr. Politisch fühlen sich viele Akteure der Stadtpolitik aber daran gebunden. Daher gab es in den vergangenen fast 20 Jahren keine Hochhausprojekte mehr in München. Aktuell wird in München aber wieder über Hochhäuser diskutiert. Ein privater Investor hat Flächen von der Deutschen Post rund um die „Paketposthalle“ – die unter Denkmalschutz steht – erworben und möchte dort neues Baurecht haben. Für zwei Hochhäuser mit einer Höhe von 155 Meter. Kommt es zu keiner Einigung droht die Bebauung nach dem aktuellen Bebauungsplan – welcher nur Gewerbe vorsieht. Daher ist die Stadt auch selbst an einer Änderung des Bebauungsplans interessiert, um hier auch Wohnen zu ermöglichen. Natürlich erhitzt die Debatte wie das Stadtbild, die Skyline, der eigenen Heimatstadt aussieht die Gemüter. Auch wenn das rechtlich mit einem Bebauungsplan geregelt werden kann, ist bei solchen Entscheidung klar, dass man die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit nehmen muss.

Die Hochhäuser an der Paketposthalle sind seit Jahren Thema auf Bürgerversammlung im betroffenen Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg. Dort wird aber diese durch aus Komplexer Frage – wie im Bürgerentscheid 2004 – leider auf ein schlichtes: Hochhäuser – Ja oder Nein? heruntergebrochen. Das bringt einen in der Sache leider nur selten weiter.

Auch wir im Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg beschäftigen uns regelmäßig mit den Planungen zum PaketPost-Areal. Und wir haben lange auf ein Verfahren zur Bürgerpartizipation gedrängt.

Kurzer Exkurs: Was ist ein Bezirksausschuss? Nach Art. 60 der bayerischen Gemeindeordnung müssen Städte ab 100.000 Einwohner in Stadtbezirke eingeteilt werden. Städte können dann Bezirksausschüsse vor Ort bilden, die die Interessen des Stadtbezirks vor Ort wahr nimmt. Städte ab 1 Millionen Einwohner (= betrifft in Bayern ausschließlich München) müssen sogar Stadtbezirke einrichten. Diese können nach den Ergebnissen zum Stadtrat in dem Stadtbezirk besetzt werden – es sei denn sie haben eigene Entscheidungsrechte. Dann müssen sie selbst zeitgleich mit dem Stadtrat gewählt werden. In München haben die Bezirksausschüsse Entscheidungsrechte und werden daher von den Einwohnern der Stadtbezirke jeweils selbst gewählt.

Jeder Münchner kann selbst eigene Anträge an die Bezirksausschüsse (BAs) richten. Und zu Beginn jeder Bezirksausschusssitzung erhalten die Bürgerinnen und Bürger auch das Wort und können Fragen, Bitten oder Anregung direkt in der Versammlung an den BA richten. Das Gremium ist also an sich schon sehr niederschwellig und offen für Bürgerpartizipation. Manch engagierter Bürger stellt mehr Anträge als manches BA-Mitglied – und kann so sein oder ihr Viertel direkt auch mitgestalten.

Kurzum: Bezirksausschüsse sind niederschwellige kommunale Gremien die sich um die Belange eines Stadtbezirks kümmern. Und manchmal sind die Belange eines Stadtbezirks eben auch der Hochhausbau. Als BA haben wir Meinungen von Institutionen vor Ort – Nachbarschaftstreffs, Schulen, Kirchen etc. – aktiv eingeholt.

Die Stadt hat daneben ein weiteres spannendes Instrument gestartet. Ein Bürgergutachten. Natürlich hätte auch die Stadt ein Ratsentscheid – also ein Bürgerentscheid gestartet vom Stadtrat – auf den Weg bringen können. Aber auch hier wäre am Schluss die Frage zugespitzt gestellt worden: Hochhäuser Ja oder Nein?

Stattdessen hat das Bürgergutachten die Möglichkeit eröffnet bei den Bürgerinnen und Bürgern nachzuforschen: Wie sollen denn Hochhäuser in München aussehen? Welche Anforderungen haben wir an Hochhäuser? Wann passen Hochhäuser an diesen Ort – und wann eben auch nicht?

Und das sind doch in einem solchen Fall die viel wichtigeren Fragen. Doch wer soll die Fragen beantworten? Der BA? Der Stadtrat? Hat man dann die Stimmung in der Stadt wirklich bürgernah mitaufgenommen? Nein, man wollte die Bürgerinnen und Bürger direkt mit diesen Fragen konfrontieren. Daher wurden 112 Münchnerinnen und Münchner in einem zweistufigen Verfahren zufällig ausgewählt – wobei auch sichergestellt wurde, dass Einwohner aus dem betroffenen Stadtbezirk ausreichend vertreten sind.

Diese 112 Bürgerinnen und Bürger wurden dann in vier Planungszellen aufgeteilt die jeweils separat jeweils für zweimal eine Woche sich mit bestimmten Aspekten der Hochhausplanung befasst haben. Dazu wurden verschiedene Experten zugeladen die Fragen zur Stadtentwicklung, Architektur etc. beantworten konnten. Am Ende kam dann ein Bürgergutachten heraus das sich mit all den Fragen auf 86 Seiten beschäftigt hat.

Als Ergebnis kam raus: „Die Mehrheit der Teilnehmenden befürwortet den Bau von Hochhäusern mit der geplanten Höhe von 155 Metern.“ Aber eben auch: „Beson-

ders wichtig ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums innerhalb des PaketPost-Areals, die über die in der sozialgerechten Bodennutzung vorgesehenen gesetzlichen Vorgaben hinaus gehen soll.“ Und: „Die Bürgergutachter*innen empfehlen dringend, in den Außenbereichen des PaketPost-Areals mehr Grün- und Freiflächen mit einer hohen Aufenthaltsqualität einzuplanen, um eine bessere Balance zwischen bebauter und freier Fläche sicherzustellen.“

Schon an diesen kurzen Auszügen zeigt sich, dass das Bürgergutachten die Möglichkeit gegeben hat die Frage „Hochhäuser Ja oder Nein“ differenzierter zu beantworten: Hochhäuser Ja, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden können. Ob die Kriterien erfüllt werden können, zeigt sich im weiteren Planungsprozess. Aber durch das Verfahren des Bürgergutachtens konnte eine Frage, die auch emotional aufgeladen ist, auch von Bürgerinnen und Bürgern, die davor vermutlich keine Ahnung von Hochhausplanung hatten, sehr differenziert betrachtet werden. Das hat meiner Meinung nach nicht nur der Stadtgesellschaft als ganzes geholfen mit dem Thema differenzierter umzugehen, sondern auch den politischen Akteuren einen Kriterienkatalog geschaffen, auf den sie sich jetzt berufen können, wenn es um die weitere Planung geht.

Aus Münchner Sicht kann ich daher das Verfahren von Bürgergutachten nur empfehlen, wenn man eine Ja-Nein-Frage aufbrechen möchte und eher dazu kommen möchte: Wie müsste etwas sein, damit die Stadtgesellschaft das auch wirklich möchte? Und ehrlicherweise, ist das ja meistens die spannendere Frage als einem Bauchgefühl für Ja oder Nein nachzugeben.



TEXT: FELIX MEYER ist Mitglied im Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg und setzt sich dort für die Einwohner des schönsten Stadtbezirks der Welt ein. Daneben kennt ihr ihn vielleicht als ehm. Landesvorsitzender der JuLis Bayern. Ihr erreicht ihn unter felix.meyer@fdp-muenchen.de

Ihr findet das Ergebnis des Bürgergutachtens hier:



Und der Prozess zum Bürgergutachten wird hier auch nochmal dargestellt:

WÄHLT FRAUEN!

Warum es mehr Frauen in den Gemeinderäten geben sollte

Am 9. Juni 2024 wird in neun Bundesländern wieder an die Wahlurne gebeten: Die Kommunalwahlen stehen an - das sogenannte „Herzstück der Mitbestimmung“! Es gibt unzählige Gründe, warum gerade die Kommunalpolitik, besonders in der heutigen Zeit, so wichtig ist. Unsere Demokratie lebt von Engagement und braucht Menschen, die sich ehrenamtlich vor Ort für den Ort einsetzen und ein Ohr für die Sorgen und Probleme ihrer Mitmenschen haben. Einblicke in andere Lebenswelten, persönliches Wachstum und der Aufbau eines wertvollen Netzwerks sind nur drei Gründe, was einem das Mandat zurückgeben kann.

Bei kaum einer anderen Wahl in Deutschland rückt die Persönlichkeit der Kandidaten so stark in den Vorder- und die Partei oft in den Hintergrund. Aber warum?

Zum einen muss man keiner Partei angehören, wenn man für den Gemeinderat kandidieren möchte. Die Parteien sind offen für alle Menschen, die ihre Ideen und Ziele teilen- Parteimitgliedschaft hin oder her. Überzeugt wird wohl eher als Kassenwart des Musikvereins oder als Jugendtrainerin im Tennisverein anstatt als jahrelanger Parteipatriot. Es überzeugen Menschen, die bereits in der Gemeinde verwurzelt sind und wissen, wo der Schuh drückt und wo noch Verbesserungspotential liegt.

Zum anderen steht dem Wähler zum Beispiel in Baden-Württemberg die Option offen zu kumulieren und panaschieren. Beim Kumulieren haben die Wähler die Möglichkeit, bis zu drei Stimmen auf einen einzelnen Bewerber abzugeben. Durch das Panaschieren kann der Wähler seiner Stimmen auf Kandidaten unterschiedlicher Listen verteilen. Der personelle Aspekt wird dadurch gestärkt, da der Wähler ihm bekann-

te Namen besonders fördern und zum Gemeinderatsmandat verhelfen kann.

Bei der letzten Kommunalwahl 2019 haben in meinem Heimatbundesland Baden-Württemberg 61.938 Personen den Schritt gewagt für den Gemeinderat zu kandidieren. Unter den 61.938 Kandidaten waren gerade einmal 19.795 Frauen zu finden. Ein Anteil von 31,9%. Nicht mal ein Drittel der Kandidaten. Bei den Wahlsiegern sinkt der Frauenanteil noch weiter nach unten: Nur 26,8% der gewählten Gemeinderäte in Baden-Württemberg waren Frauen. Was für ein ernüchterndes Ergebnis!

Seit Jahren setze ich mich mit dem Thema „Frauen in der Politik“ auseinander. In der

politischen Diskussion wird die Frauenquote in vielen Fällen als das Instrument gehandelt, welches den Frauenanteil, vom Ortschaftsrat bis in den Bundestag, steigern wird. Das Wundermittel gegen die fehlenden Politikerinnen! Was mich an den Diskussionen stört ist, dass die Problematik oft ab einem falschen Startpunkt betrachtet wird.

Als Liberale tue ich mich zwar mit einer Quote schwer, kann aber nicht bestreiten, dass sie den Frauenanteil steigern kann. Wenn, und das ist für mich der ausschlaggebende Aspekt, genug Frauen als Kandidatinnen zur Verfügung stehen. Aus meiner Sicht muss als erstes genaustens analysiert und hinterfragt werden, warum sich bereits

unter den Kandidaten ein viel geringerer Anteil an Frauen als an Männer befindet. Oft wird von mir als Politikwissenschaftlerin und Politik-Coach eine heilbringende Antwort auf die Frage, warum denn öfter ein Mann als eine Frau auf dem Wahlzettel zu finden ist, erwartet. Jedoch muss ich die Fragesteller oft enttäuschen, denn die Entscheidung für oder gegen eine Kandidatur wird durch viele einzelne, oft persönliche, Faktoren beeinflusst.

Hier eine pauschale Antwort für alle Individuen zu finden wäre schlicht unmöglich und aus meiner Sicht auch übergriffig.

Jedoch gibt es durchaus Aspekte, die mir in Gesprächen mit Kandidatinnen und Politikerinnen aufgefallen sind, weswegen Frauen sich die Entscheidung für eine Kandidatur häufig schwerer machen als ihre männlichen Kollegen.

Fragen wie „Schaffe ich das?“ und „Bin ich überhaupt für die Politik geeignet?“ schwirren vielen Frauen leider durch den Kopf. Aus meiner Sicht ist es an dieser Stelle wichtig zu ermutigen, Stärken aufzuzeigen und zu betonen. Jeder, sei es Mann oder Frau, bringt viele persönliche und fachliche Stärken mit, welche den Gemeinderat bereichern können!

Oft wird zudem der Aspekt der Zeit in den Raum geworfen. Laut einer Studie der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl ist ein Gemeinderatsmandat mit ca. 31 Stunden pro Monat verbunden. Diese Zahl kann auch nicht pauschal betrachtet werden und schwankt je nach Gemeindegröße. Dennoch darf der zeitliche Invest nicht unterschätzt werden. Auch Männer setzen sich mit der Frage auseinander, wie das politische Amt mit Familie, Freizeit und

Beruf zeitlich vereinbar sein kann. Jedoch habe ich über Jahre den Eindruck gewonnen, dass zeitliche Verpflichtungen für eine Frau nochmals eine andere Rolle einnimmt als bei einem Mann.

Und wie können diese Aspekte nun aus der Welt geschaffen werden? Aus meiner Sicht ist der Kontakt zu bereits gewählten Mandatsträgerinnen ein wichtiger Faktor. Viele Frauen möchten gerne wissen, worauf sie sich genau einlassen. Eine genaue Vorstellung zu bekommen, was mit einem Gemeinderatsmandat für Aufgaben, zeitliche Verpflichtungen aber auch Schwierigkeiten und Probleme auf sie zukommen kann. Der Austausch kann hier helfen, einen Überblick zu bekommen und für sich abzuwägen, ob das Mandat in dieser Form zu einem passt.

Es freut mich zu sehen, dass dieser Aspekt immer mehr in den Fokus rückt und sich die Länder und Kommunen Initiativen überlegen, um politisch interessierte Frauen mit Mandatsträgerinnen zusammenzubringen. Zum Beispiel bieten die Initiativen „Frau dich“ oder „Frauen Macht Politik“ Netzwerkveranstaltungen und Mentorinnen-Programme an. Zudem möchten sie unter anderem durch Werbeplakate auf den geringen Frauenanteil in den Parlamenten und unter den Kandidaten aufmerksam machen.

Aber warum soll sich der Frauenanteil in den Gemeinderäten denn überhaupt erhöhen? Bereits im Jahr 2003 haben die beiden Politikwissenschaftlerinnen Brigitte Geißel und Virginia Penrose in ihrem Buch „Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung“ zumindest eine Teilantwort auf die Frage geben können. Aus ihrer Sicht ist ein erhöhter Frauenanteil in der Politik demokratietheoretisch notwendig, da

Frauen über spezifische Bedürfnisse, Erfahrungen und Interessen verfügen, welche nur durch sie selbst im politischen Prozess vertreten werden können. Somit bildet die gleichmäßige Repräsentation von Männern und Frauen die Grundlage für das erfolgreiche Gelingen einer Demokratie. Wird dieser Aspekt mit der Tatsache kombiniert, dass laut dem Statistischen Bundesamt aktuell rund eine Million mehr Frauen als Männer in diesem Land leben, schließt sich hier der Kreis allmählich.

Auch ich, unabhängig davon dass ich selbst eine Frau bin, würde es total freuen, wenn die nächste Kommunalwahl sowohl einen höheren Frauenanteil unter den Kandidaten, aber natürlich auch unter den Wahlsiegern hervorbringen würde. Es braucht Frauen mit ihren Stärken und Sichtweisen in den Parlamenten in diesem Land. Und wie bereits erwähnt bin ich aus tiefstem Herzen davon überzeugt, dass jeder und jede von uns als Individuum großartige Ideen und Stärken in sich hat, die für unsere Demokratie unersetzlich sind!

Daher mein Appell: Wählt Frauen! Gibt den Frauen, die ihren Beitrag zur gelebten Demokratie vor Ort leisten möchten, eure Stimmen. Es wird sich lohnen- Ich verspreche es euch!



TEXT:
ANALENA MAHLER (26) arbeitet als selbständiger Politik-Coach und Politikwissenschaftlerin. Sie coacht und begleitet Frauen bei ihrem Weg in die Politik oder unterstützt Mandatsträgerinnen im politischen Alltag. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Tennis und engagiert sich bei der FDP Baden-Baden. Erreichen kannst Du sie unter analena@mahlercoaching.de

renew
europe.



FREIHANDEL MIT NEUSEELAND

Svenja Hahn MdEP

Russlands Krieg oder der Hamas-Angriff auf Israel zeigen deutlich: Der Konflikt unserer Zeit ist Autokratie vs. Demokratie. Wirtschaftlich stark werden wir aber nicht durch Protektionismus, sondern durch mehr Handel mit mehr Partnern. Und mehr Handel mit mehr Demokratien stärkt Wirtschaft und Demokratie weltweit. Das Abkommen mit Neuseeland ist ein strategischer Erfolg mit großem wirtschaftlichen Potential und zeigt, dass eine ambitionierte Handelsagenda möglich ist. Weitere Abkommen müssen zügig fertig verhandelt und ratifiziert werden!

Meinen Newsletter mit allen Informationen erhaltet Ihr hier:

 @svenja_ilona_hahn
 /svenjahahnfdp
 @svenja_hahn
 /svenja-hahn
 www.svenja-hahn.eu



K

ommunalpolitik ist nicht abstrakt – sie ist konkret. Sie betrifft die Straßen, auf denen wir täglich fahren; die Schulen, in denen wir lernen oder gelernt haben; und die Rathäuser, auf denen wir unsere Ausweise beantragen müssen. Die großen Themen zur Bildungs- und Wirtschaftspolitik werden zwar in Berlin oder in der Landeshauptstadt entschieden, doch vor Ort werden sie oft umgesetzt und dort zeigt sich ihr Einfluss auch am meisten. Dementsprechend ist hier auch die Chance für die liberale Stimme am größten. Die Themen liegen auf der Straße – sie müssen nur genutzt werden.

Wenn Junge Liberale sich für kommunalpolitische Themen einsetzen, kann das oftmals einen direkten und großen Einfluss haben. Social Media ist ein Medium, mit dem Kreisverbände zeigen können, wie sie zu den Problemen vor Ort stehen und welche Lösungen sie konkret anbieten. Außerdem können sie Druck machen, damit eben diese Probleme auch endlich angepackt werden. JuLis müssen laut werden, wenn der Gang zum Rathaus noch immer nicht digital passiert, weil die Kommune oder der Landkreis die Digitalisierung verschläft. Und wenn das Geld für die Schulsanierung gestrichen wird, weil kein Geld da ist. Keine andere politische Jugendorganisation wird das sonst tun.

Kommunalpolitik bietet außerdem den Nährboden für innovative Ansätze und Veränderungen. Hier können am besten manche Dinge im Rahmen der Möglichkeiten einfach mal ausprobiert werden, die dann vielleicht auch überregional Beachtung finden. Wenn ein neues innovatives Verkehrs- oder Umweltschutzkonzept in der Gemeinde funktioniert, dann beginnen vielleicht auch andere Gemeinden dies zu implementieren. Zu Beginn muss sich allerdings immer auch jemand für den Versuch einsetzen und wer kann das besser als die JuLis, die sich Innovation auf die Fahne geschrieben haben? Indem die Jungen Liberalen kommunalpolitische Themen aufgreifen, schaffen sie die Voraussetzungen

für nachhaltige Veränderungen, die über die Grenzen der Gemeinde hinausgehen.

Neumitglieder-Akquisemal anders

Wichtig auch bei kommunalpolitischem Engagement auf Social Media: Informieren und Interesse wecken. Parteien und politische Jugendorganisationen haben immer auch einen gewissen Bildungsauftrag. Gerade in Zeiten, in denen die klassische Zeitung vor Ort nicht mehr jeden Tag von jedem gelesen wird, kann Social Media dafür genutzt werden, überhaupt darauf aufmerksam zu machen, was in den Gemeinden und Landkreisen passiert. Wenn ein Skandal vor Ort passiert, weil etwas nicht funktioniert, jemand einen Fehler gemacht hat oder sogar etwas ganz besonders gut läuft, kann die Bundespresse oder -landespresse manchmal schneller da sein, als man vielleicht denkt. Bei alltäglichen Dingen wie der Haushaltsberatung im Gemeinderat oder dem Bau einer neuen Straße gilt es, selbst Aufmerksamkeit zu schaffen und zu informieren. Social Media bietet hier eine echte und neue Chance.

Social Media ist oftmals auch der Ort, an dem viele Interessenten oder Neumitglieder das erste Mal überhaupt in Berührung kommen mit ihrem Kreisverband. Der Instagram-Account kann ihnen zeigen, was sie bei den JuLis erwartet. Deshalb sollte er natürlich zeigen, was man dort erleben kann und welche Menschen dort auf vielfältige Art und Weise engagiert sind. Gleichzeitig dürfen politische Inhalte und Programmatik bei einer politischen Jugendorganisation natürlich nicht fehlen. Durch kommunalpolitische Themen können Neumitglieder motiviert werden, sich ebenfalls zu engagieren, weil

sie sehen, dass sich der Kreisverband auch tatsächlich für die Themen vor Ort einsetzt. Sie können zudem eingebunden werden, indem auch auf die Themen, die sie bewegt eingegangen wird, und sie Reels, Posts und Ideen selbst ausarbeiten können.

Außerdem kann eine ganz neue Zielgruppe erreicht werden: Auch wenn viele JuLis wahrscheinlich zu den Jungen Liberalen wegen der Bundes- oder Landespolitik kamen, gibt es trotzdem auch eine große Menge an Menschen, die sich für die Probleme und Themen vor Ort einsetzen und die weniger Interesse an der großen Politik in den Hauptstädten der Republik hat. Sie können bei den Jungen Liberalen eine Heimat finden, wenn ihnen gezeigt wird, dass auch die Themen vor Ort eine Relevanz bei den Jungen Liberalen haben.

2024 sind nicht nur die Europawahlen: In ganzen acht Bundesländern werden auch Kommunalwahlen stattfinden. Dann heißt es für viele JuLis wieder ab an die Wahlkampfstände – zum Teil sogar auf die Liste. Viele Kreisverbände werden dann automatisch kommunalpolitische Themen suchen und spielen, um Wähler von sich zu überzeugen. Kommunalpolitische Themen aber auch außerhalb von Wahlkämpfen zu posten, ist eine Kunst, die viel Glaubwürdigkeit aufbauen kann. Damit können JuLis zeigen, dass eben nicht nur vor Wahlen die Themen der Menschen von Bedeutung sind. Das motiviert Mitglieder und kann auch dem Wähler zeigen, dass man es ernst meint mit den Versprechen, die man alle vier oder fünf Jahre bei Parlaments- und Kommunalwahlen gibt.

How To: Kommunalpolitik auf Social Media

Kommunalpolitische Themen sind einfacher zu finden, als manch einer denken mag. Der klassischste Weg ist eine Regionalzeitung aufzuschlagen und zu beobachten, was in der Umgebung passiert und welche Themen dort öfters angesprochen wird. Oftmals können das auch die Themen sein, die die Menschen vor Ort bewegt. Gerade in größeren Städten mit einer breiten

Kommunalpolitik auf SOCIAL MEDIA



TEXT: CELINE DIETERICH (23)
kommt aus dem Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Sie ist leidenschaftlich bei allem dabei, was mit Presse und Öffentlichkeitsarbeit zu tun hat, und studiert deshalb im Master Corporate Communication Management an der Hochschule Pforzheim.



Medien- und Öffentlichkeitsstruktur ist das einfacher. Aber auch in ländlichen Regionen kann dort viel herangezogen werden.

Auch hilfreich aber oft unterschätzt: Tagesordnungen und Protokolle von Gemeinderats- und Kreistagsitzungen werden ebenso wie Bundes- und Landtagsitzungen oft im Internet zur Verfügung gestellt. Dort nachzuschauen, was in der kommenden Sitzung besprochen wird, ist zwar oftmals etwas aufwendiger und komplexer, aber liefert auch garantiert Themen und Ideen. Gerade auch im Austausch mit Kommunalpolitikern aus der FDP oder aber auch aus anderen Parteien kommen immer wieder Themen auf, zu denen Junge Liberale sich positionieren können oder auf sie die aufmerksam machen sollten.

Wer es gerne größer mag: Landes- und Bundespolitik hat oftmals auch Auswirkungen auf die Kommune und können deshalb auch auf sie heruntergebrochen werden. So können Bundespolitik und Kommunalpolitik verbunden werden. Der Bundestag beschließt ein neues Entbürokratisierungspaket: Was kann das für das Rathaus oder die örtlichen Unternehmen? Löst das Probleme oder bleibt es beim Status Quo? Und wenn ein neues Sozialgesetz wird beschlossen, kann überlegt werden, ob das auch im Landkreis ein Problem anspricht.

Zuletzt als Tipp: Stammtische sind der ideale Ideenspeicher. Sich dort zu überlegen, was einen an seiner Kommune oder Stadt wirklich nervt, kann nicht nur mobilisieren, sondern auch viele Initiativen und Kampagnen starten.

Also liebe Presseleute und Social-Media-Geeks: Worauf wartet ihr noch? Wann kommt euer erster Post zu den Problemen vor Ort?

Du hast Interesse,
Teil unseres kommunalpolitischen
Netzwerks, der Lokalhelden
zu werden? Dann schreib eine
Mail an erik.jaeger@julis.de



Jugendparlamente

Sind sie der Wegbereiter zu mehr politischer Teilhabe von Jugendlichen?

Sie sind viele, haben zu allem eine Meinung und besitzen kein passives Wahlrecht: Jugendliche. Eine Demografie, der wahrscheinlich ein Großteil von euch angehört oder bis vor kurzem angehört hat. Spätestens seit dem großflächigen Auftreten von Fridays for Future Ende der 2010er Jahre ist das Thema Jugendbeteiligung in aller Munde. In der Folge nehmen sich auch immer mehr Kommunen der Diskussion um die politische Teilhabe von Jugendlichen an. Vielerorts beinhaltet ein Teil der Lösung die Einführung eines Jugendparlaments, also einem politischen Gremium, das von Jugendlichen unter 18 einer Kommune gewählt wurde, um eine jugendliche Sichtweise in die Politik einzubringen. Doch wie sinnvoll ist das Jugendparlament als eine zusätzliche demokratische Struktur tatsächlich? Damit beschäftigen sich die Lokalhelden-Manager Erik und Louis in dieser Pro-Kontra-Diskussion beschäftigen, um euch aufzuzeigen, welchen Argumenten ihr



in der politischen Diskussion um die Einführung eines Jugendparlaments begegnet.

Was für Jugendparlamente spricht

Von Erik Jäger

In welchem Alter werden die meisten Menschen eigentlich politisch? Für viele wird es wohl in der Jugend gewesen sein, wo dieses Interesse erstmals aufgeflammt ist. Und das auch zurecht: Denn alles, was die Politik entscheidet, wird sich wahrscheinlich mittelbar auf das zukünftige Leben junger Menschen auswirken. Doch insbesondere Minderjähri-

ge stellt der Wunsch nach Partizipation oft vor Herausforderungen. Das passive Wahlrecht besteht bei allen deutschen Parlamentswahlen erst nach Abschluss des achtzehnten Lebensjahres. Das ist frustrierend, insbesondere wenn man bedenkt, dass man für das Engagement in einer politischen Jugendorganisation erst 14 Jahre alt sein muss und die Mitgliedschaft in den meisten Parteien an das Erreichen des siebzehnten Lebensjahres gekoppelt ist.

Es müssen also andere Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche her, die nicht bloß innerhalb ihrer Organisationen Ideen diskutieren wollen, sondern davon angetan sind, sie auch zu implementieren. Diese "Macher", die bereits im jungen Alter ein Gespür dafür aufbringen können, reale Politik zu machen, dürfen wir keineswegs auf der Strecke lassen. Ihr Interesse an Politik muss gefördert werden, genauso wie ihre Herangehensweise, sich in dieser zu verwirklichen. Ansonsten kann es sein, dass ihr politisches Interesse bis zum Erreichen der Grenze für das passive Wahlrecht schlicht dahin ist.

Das Jugendparlament kann ein Instrument sein, um genau diese Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen. Vorausgesetzt natürlich, dass es keine Parallelstrukturen schafft. Dafür ist es wichtig, sich mit Organisationen wie etwa einem Stadtschülerrat oder einem Kreisjugendring im Vorhinein zur Einführung der neuen Struktur abzustimmen, wie die jeweiligen Zuständigkeiten charakterisiert sind. Wenn von vornherein klar ist, dass hier keine Konkurrenzsituation entsteht, wird auch vermieden, dass sich Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Akteuren hervortun. Natürlich ist die Einführung des Jugendparlaments eine Sache, wo man sich vor Ort darüber im Klaren sein muss, wie die Ansprüche an diese Struktur aussehen sollen. Diese Ansprüche können nämlich durchaus von Kommune zu Kommune variieren. Während Jugendparlamente in einigen Kommunen bloß als eine Art Jugendbeirat fungieren, haben sie in anderen Beisitzrechte in Ausschüssen inne, oder gar ein eigenes Budget, um Vorhaben umzusetzen. Das sind natürlich gravierende Unterschiede, die es Jugendlichen mancherorts ermöglichen, bei weitreichenden lokalpolitischen Entscheidungen mitzureden. Und das ist auch fair, denn warum sollten Jugendliche als Bevölkerungsgruppe keine spezifisch auf sie zugeschnittene politische Vertretung besitzen, wenn es andere, wie etwa Senioren durch den Seniorenbeirat oder Migranten durch einen Runden Tisch für Integration, haben?

Die einfache Antwort auf diese Frage ist, dass es hierfür keine wirklich schlüssigen Gründe gibt. Deswegen sind Jugendparlamente vielerorts auch bereits gelebte Realität. Fest steht dabei eins: Um Jugendlichen demokratische Prozesse näherzubringen und sie für reale Politik zu begeistern, gibt es kein besseres Instrument als das Jugendparlament. Denn hier wird früh gezeigt, wie es sich anfühlt, wenn Politik nicht nur eine Diskussion auf dem Parteitag ist, sondern Menschen tatsächlich weiterhilft, weil jemand da ist, der sie umsetzt. Es gibt kaum etwas anderes, was einem jungen Menschen mehr Antrieb gibt, weiterzumachen.

Was gegen Jugendparlamente spricht

Von Louis Wübben

Die Politikverdrossenheit in Deutschland nimmt in den letzten Jahren extrem zu. Die

Folge daraus ist eine reale Gefahr für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, welche unumgänglich für ein langfristiges Bestehen gegenwärtiger Strukturen ist. Begründungen für diese Entwicklungen werden immer wiederkehrend in zwei Aspekten gesucht. Die Politik muss näher an die Bürger vor Ort, statt fernab jeder Realität in den Parlamenten der Landeshauptstädte und in Berlin zu pulsieren und sie muss bereits bei jungen Menschen damit anfangen, Akzeptanz und Vertrauen in demokratische Strukturen zu schaffen. Hierbei wird schnell deutlich, in welchem Rahmen sich potenzielle Lösungsansätze abspielen. In der Kommunalpolitik und in der Jugendbeteiligung. Die verkörperte Verschmelzung dieser Bereiche existiert: Das Jugendparlament. Doch ist es die Lösung, nach welcher wir streben sollten? Schauen ich auf das nächstliegende Jugendparlament in meiner Heimat, befindet sich dieses in der Nachbarstadt mit etwa 55.000 Einwohnern. 60 Mitglieder zählt dieses, welche Sitzungsgelder erhalten. „Sonst würden viele nie auftauchen.“, lautet es auf meine Nachfrage vor Ort. Kann das Sinn der Sache sein? Da stellt sich natürlich so mancher, nicht nur in meiner Heimatstadt, die Frage, ob Sitzungsgelder tatsächlich die authentische Teilnahme junger Menschen fördern oder ob sie nicht vielmehr den eigentlichen Sinn der politischen Partizipation verzerren, weil die falschen Anreize gesetzt werden.

Ein weiterer Punkt, der bei der Einführung von Jugendparlamenten kritisch betrachtet werden muss, ist die Schaffung von Parallelstrukturen. Einrichtung separater Gremien könnte dem entgegenwirken und einen Präzedenzfall für weitere Segmentierungen schaffen. Wir sollten uns ebenfalls fragen, ob die Existenz von Jugendparlamenten nicht einen Mangel an Vertrauen in die bestehenden demokratischen Strukturen signalisiert. Anstatt Jugendliche in eigenständige Gremien zu lenken, könnten wir darauf abzielen, direkte Partizipation in bestehenden Strukturen zu fördern. Auch ein Blick ins Ausland lohnt sich. Etwa in den skandinavischen Ländern sind Jugendräte fester Bestandteil der politischen Strukturen. Diese Räte sind keine separaten Organe, sondern integrieren junge Menschen direkt in bestehende Entscheidungsgremien. Diese Form der partizipativen Einbindung setzt auf die Idee der direkten Beteiligung, anstatt auf die Schaffung autonomer Jugendparlamente. Zudem sollten wir uns fragen, ob die Betonung von formellen politischen Gremien die einzige Möglichkeit

ist, Jugendbeteiligung zu fördern. Vielleicht können informelle Strukturen, wie regelmäßige Dialogforen, Workshops oder Bürgerkonsultationen, eine effektive Ergänzung zu traditionellen Jugendparlamenten sein. Der Fokus kann darauf liegen, einen offenen Raum für den Austausch zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern zu schaffen und so zur politischen Bildung beizutragen. Gegebenenfalls können dafür auch digitale Plattformen genutzt werden.

In der Gesamtschau dieser unterschiedlichen Perspektiven wird deutlich, dass die Diskussion über Jugendparlamente eigentlich viel mehr eine Diskussion um die Partizipation von Jugendlichen in der Politik ist. Diese bietet viel Raum für innovative Ideen, um die politische Beteiligung junger Menschen zu fördern. Das Jugendparlament mag eine dieser Ideen sein. Was wir in dieser Diskussion allerdings anerkennen müssen, ist, dass es bei Weitem nicht die Einzige ist.

Unser Fazit:

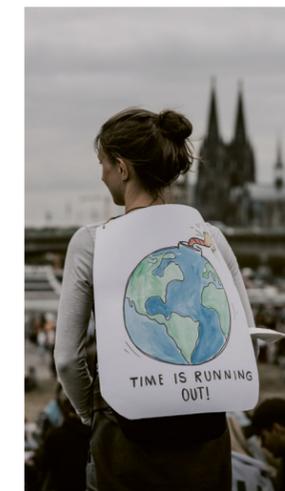
Jugendparlamente sind eine gute Sache. Allerdings kann man, wie bei allen guten Dingen, auch hier Fehler machen. Es dürfen keine Doppelstrukturen geschaffen werden und das Gremium muss mit ausreichend Kompetenzen ausgestattet sein. "Echte Mitbestimmung" lautet hier das Stichwort. Wenn diese Kriterien erfüllt sind, kann ein Jugendparlament eine große Bereicherung für die kommunale Selbstverwaltung vor Ort und die politische Teilhabe von Jugendlichen sein.



TEXT: ERIK JÄGER
leitet seit Anfang des Jahres gemeinsam mit Louis Wübben die Lokalhelden, das Kommunalpolitikernetzwerk der Jungen Liberalen, und war bis vor kurzem Ratsherr in der kreisfreien Stadt Flensburg



LOUIS WÜBBEN
ist Gemeinderatsmitglied in seiner Heimat Wietmarschen und ist seit Anfang 2023 Co-Leiter der Lokalhelden.



Warum es gerade jetzt junge Stimmen in der Kommunalpolitik braucht



FREE
SPEECH



NEUSTART

D

Ein Plädoyer für
neue Kommunikationsformen,
gelebte Partizipation
und erfahrbare Wirksamkeit



WAHLALTER
16 JETZT

Der durchschnittliche Träger eines kommunalen Amtes ist männlich und vor allem eines: alt! Die vorhandene Datenlage zeigt ein Bild von überalterten Strukturen in der deutschen Kommunalpolitik. In Nordrhein-Westfalen sind gerade einmal 11 Prozent der Gemeinderät:innen jünger als 40 Jahre, so eine Erhebung des WDR aus dem Jahr 2018. Dagegen steht ein Anteil der unter 40-Jährigen in der Gesamtbevölkerung von 43,3 Prozent im Jahr 2022 laut dem statistischen Bundesamt. Ähnlich sieht das Bild in Baden-Württemberg aus, der Anteil, der über 55-jährigen Gemeinde- und Stadtratsmitglieder:innen liegt bei 59,2 Prozent, wobei der Anteil mit den letzten Kommunalwahlen stets gestiegen ist. Gepaart wird diese Überalterung in der Kommunalpolitik mit einer zunehmenden Distanzierung vieler junger Menschen von demokratischen Grundfesten und dem schwindenden Glauben an die Wirksamkeit der eigenen Stimme.

Diese Entwicklungen machen Angst und fordern von uns demokratischen Kräften ein entschlossenes Gegensteuern. Warum

gerade die Kommunalpolitik ein guter Ort dafür ist – ein Plädoyer.

Die Nähe der Kommune

Die Entfernung des Heimatortes bis nach Berlin – häufig mehrere hundert Kilometer, die Entfernung zum Landtag – gerne in einer Größenordnung von 100 Kilometern, die Entfernung zum Rathaus – wenige Kilometer bis nur einige hundert Meter.

Was für die geografische Distanz gilt, gilt ebenso für die Erfahrbarkeit der politischen Beschlüsse. Der Beschluss der Straßensanierung innerorts und die Einführung eines Jugendpasses zum vergünstigten Eintritt in das örtliche Schwimmbad sind unmittelbar erlebbare Auswirkungen von Kommunalpolitik. Und genau darum empfiehlt es sich, die Kommunalpolitik als Spielfeld einer neuen politischen Kultur anzuschauen. Sie bietet unmittelbare Nähe und direktes Erleben – darauf kommt es an, wenn wir Vertrauen in die Demokratie und die eigene Stimme stärken wollen.

Raus aus den Amtsblättern – rein in den Insta-Feed

Amtsblatt, Tageszeitung und öffentliche Aushänge sind die klassischen Kommunikationswege des kommunalpolitischen Geschehens. Auf der anderen Seite stehen die Beiträge der Tagesschau, die im Insta-Feed vieler, besonders junger, Menschen, das aktuelle politische Geschehen darstellen. Die Diskrepanz deutlich und der Effekt klar: Lokalpolitik ist im digitalen Raum nicht präsent und die Distanz zur eigenen Kommune ist groß, da keine Berührungspunkte vorhanden sind.

Lokalpolitik muss aber nicht analog in schwarz-weißen Lettern im Amtsblatt stattfinden, sondern kann ebenso die Instagram-Feeds neben Beiträgen der Tagesschau bereichern. Dass das gelingt, machen verschiedene Beispiele junger Politiker:innen deutlich. Instagram Stories der Gemeinderatssitzungen, der letzte Feed-Post informiert über den Entschluss des Gemeinderats und die Story-Highlights zeigen die Bilder der letzten Ortsbegehung. Kommunalpolitik zeigt so Präsenz im digitalen Raum von Social Media und erschließt sich eine neue Zielgruppe. Die Distanz vieler junger Menschen zur eigenen Kommune wird reduziert. Eine starke Demokratie braucht die so entstehende Nähe zu den Menschen. Die Effekte befähigen sich dabei wechselseitig: junge Mandatsträger zeigen ihr Mandat und ihre Arbeit digital und junge Menschen der Kommune partizipieren.

Kommunalpolitik findet so nicht mehr nur am Stammtisch statt, sondern endlich auch im digitalen Raum – das Internet darf nach der nächsten Legislatur kein Neuland mehr für Lokalpolitik sein!

Lasst uns endlich teilhaben!

Viel gefordert, als große Chance gesehen – und am Ende nur halbherzig und ohne Verantwortung und Entscheidungsgewalt umgesetzt. Ein Satz, der Versuche und Formate der Jugendpartizipation leider häufig beschreibt. Warum diese Beschreibung zutrifft: weil den geplanten und durchgeführten Formaten eine klare Struktur fehlt, die ihnen Entscheidungsgewalt überträgt. So bleiben ausgearbeitete Vorschläge am Ende auf dem Papier und werden nicht Realität. Es braucht junge Menschen mit Entscheidungsgewalt, die Verantwortung, auch für ihre Generation, übernehmen und die Entscheidungen und Anliegen in die Gremien tragen, sie mit lauter Stimme artikulieren und so am Ende zu tatsächlicher Jugendpartizipation über Mandate beitragen. Eine Partizipationsform, die Wirksamkeit entfaltet und vom Papier des Stimzettels, über die Gremien der Kommune, in die Realität der Kommune gewandelt wird. Die viel geforderte Jugendpartizipation, ein Grundfest einer funktionierenden und gelebten Demokratie, kann so Realität werden. Junge Mandatsträger für junge Themen und endlich echte Umsetzung und Teilhabe!

Wer nicht wirkt, der nicht agiert

Viele Jugendliche berichten vor allem eines: ihre Stimme zähle nicht, sie würden übergangen werden und Politik sei nicht für sie da. Diese Berichte müssen uns zu denken geben und die Frage aufwerfen, warum diese Entfremdung zur Politik stattfindet. Ein Grund ist die Distanz: was in „der Politik“ geschieht ist weit weg und die Politiker:innen teilen eine andere Lebensrealität. Menschen aus dem unmittelbaren Umfeld, die Verantwortung übernehmen, darüber berichten, ihre Erfahrungen teilen und so Politik wieder erlebbar machen, sind hier hilfreich. Sie holen die Politik zurück ins Alltägliche. Ein erster Schritt – mehr öffentlicher Bericht aus den Gremien mit einer jungen Zielgruppe. Diese Form zeigt jedoch immer noch eine Distanz, aufgrund der Altersdifferenz und des lediglich themengestützten Tangierens. Was es braucht, sind Erfahrungsberichte aus dem unmittelbaren gleichaltrigen Umfeld, in dem die gleiche

Sprache gesprochen wird und die gleichen Anliegen bestehen. Dadurch gelingt es echte Nähe herzustellen. Und genau hier liegt die Chance der Kommunalpolitik, sie kann genau diese Nähe aufgrund der limitierten Wählergruppe bieten. Nah an den Menschen, nah an einer jungen Zielgruppe, und dadurch vor allem eines: verständlich. Verständlich, warum das Freibad nicht vollständig renoviert werden kann und zudem ansprechbar, wenn eigene Ideen eingebracht werden möchten. Unsere Generation würde ihre Wirksamkeit erfahren, wenn Teile unserer Generation ihre Erfahrungen teilen und ihre Stimme in den Gremien erheben.

Alle diese Aspekte wirken nicht allein, sie bedingen und bestärken sich gegenseitig. Die Übernahme eines Mandates ermöglicht die eigene Wirksamkeit in der unmittelbaren Umgebung zu teilen. Außerdem kann über das eigene Mandat online berichtet werden, sodass sich die Zielgruppe der Kommunikation vergrößert. Dadurch können gemeinsame Anliegen in die politische Debatte eingebracht werden – politische Partizipation gelingt. Die Wünsche werden gehört und ein Stimmungswandel durch den Abbau von Distanz ist möglich.

Diese erweiterbare Sammlung an Gründen für die Mandatsübernahme durch unsere junge Generation sorgt für eines: Politik wird nahbar und schafft Vertrauen. Vertrauen, welches gerade in der aktuellen Zeit so wichtig ist. Für eine wehrhafte Demokratie gegen extremistische und populistische Bedrohungen von links und rechts braucht es demokratische, starke Schultern, die sie stützen.

Der Appell ist deutlich und richtet sich an unsere Generation: nutzt eure Person, eure Social Media Kanäle und euer Umfeld, um Vertrauen in die Politik zu schaffen. Parallel geht der Appell an die Gesellschaft: ihr habt eine Verantwortung, es geht nicht nur um Jugendpartizipation, es geht auch um neue Formen der politischen Verantwortungsübernahme. Kurzum: es geht um die Demokratie von morgen durch junge Mandate.



TEXT:
FLORIAN STUPP (19)
studiert Information Engineering
am TUM Campus Heilbronn.
Er interessiert sich besonders
für die Themen Demokratie-

förderung, gelingende Jugendpartizipation und die Stärkung der demokratischen Debatte. Ihr erreicht ihn unter floristupp@gmail.com oder via LinkedIn.



LEISTUNG
IST GEIL!

Zwischen Heimatliebe und Traumjob

Über die Herausforderungen junger Mitglieder von Kommunalparlamenten.

Zweieinhalb Jahre ist es her, dass wir in unseren Heimatorten (Flörsheim am Main und Sontra) ins Kommunalparlament gewählt wurden. Zeit für eine Halbzeitbilanz: 2021 wurden über 70 JuLis in hessische Kommunalparlamente gewählt, während einige schon „alte Hasen“ in der Kommunalpolitik sind, war es für uns das erste Mal. Kommunalpolitik wird meist neben der Landes- und Bundespolitik kleingeredet. Unverdient, wie wir finden, denn Politik vor Ort aktiv mitgestalten zu dürfen, die Auswirkungen der Beschlüsse direkt vor Ort miterleben und so die Weichen für eine jugendfreundliche und zukunftsgerichtete Politik in unserer Heimat zu stellen, erfüllte uns mit Freude. Kommunalpolitik ist für die Bevölkerung die greifbarste Politik, gerade im ländlichen Raum kennt nahezu jeder jemanden, der im Parlament sitzt. Nahezu, denn trotz der großen Bedeutung der Kommunalpolitik zeigt ein Blick auf den Altersdurch-

schnitt in den Kommunalparlamenten, dass junge Menschen weiterhin stark unterrepräsentiert sind. Ein genauerer Blick zeigt, dass die politische Arbeit auf kommunaler Ebene durchaus nicht frei von strukturellen Problemen ist, vor allem für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen. Wir sind eine Altersgruppe, die sich durch eine hohe Mobilität auszeichnet, oft bedingt durch Studium, Ausbildung oder den ersten Job. Diese Mobilität führt zu einer hohen Fluktuation sowohl bei den Mandatsträgern als auch innerhalb der Ortsverbände, nochmal verstärkt in ländlichen Regionen. Dies erschwert den Aufbau von Kompetenzen, das Weitergeben von Erfahrungen und das Knüpfen von Kontakten. Egal ob im Parlament oder im Ortsverband, die gerade in ländlichen Gebieten nicht viele junge Mitglieder haben. Zwei Jahre im Ortsvorstand oder fünf Jahre – so lange dauert eine Wahlperiode in Hessen – sind schnell länger als der nächste Schritt in Ausbildung oder Beruf. Für uns zwei stellte sich die Frage: Sollen wir uns aufgrund unserer kommunalpoli-

tischen Verpflichtungen langfristig an einen Ort binden? Kann oder soll ein kommunales Mandat unseren beruflichen Weg bestimmen? Was ist, wenn sich doch eine der vielen Möglichkeiten eröffnet, und es uns fortzieht? Zweitwohnsitzmöglichkeit nutzen und der Kommunalpolitik treu bleiben? Auch wenn wir uns jeweils für unterschiedliche Wege entschieden haben, liegen für uns die Antworten auf der Hand: Wichtig ist, dass Kommunalpolitik gerade für junge Menschen eine gute Chance bietet, zu gestalten und Erfahrungen zu sammeln – auch wenn es nur für ein bis zwei Jahre ist, so kann man auch in dieser Zeit einiges bewegen. Kurzum: Traut euch! In dieser Zeit lernt man sehr viel, und solltet ihr eines Tages zurück in die Heimat ziehen oder ihr euch am neuen Wohnort engagieren wollen, ist jede Erfahrung hilfreich. Aber Kommunalpolitik ist am Ende ein Ehrenamt und das heißt, dass man manchmal auch eine Entscheidung dagegen treffen muss, wenn sich mit Blick auf Ausbildung oder Beruf neue

Chancen auftun. Strukturell können wir aber einiges ändern, um den Aufwand gering zu halten, sodass man trotz kurzfristiger oder kleiner Veränderungen weiter an der Kommunalpolitik teilhaben kann. Eine Idee wäre mehr digitale Teilhabe. Hybride Sitzungen (zumindest mit beratender Stimme) reduzieren mögliche Fahrten zwischen Ausbildungsort und Heimat. Flexible Mandate ermöglichen es, sich für absehbare Zeiträume vertreten zu lassen und guten Gewissens ein Auslandssemester anzutreten oder ein Kind auf die Welt zu bringen (Jorias wurde beispielsweise von seiner Mutter noch als Baby mit in die Stadtverordnetenversammlung genommen). Auch die Möglichkeit, sich zwischen Erst- und Zweitwohnsitz entscheiden zu dürfen, wo man wahlberechtigt sein möchte, würde verhindern, dass die teils sehr hohe Zweitwohnsitzsteuer an Hochschulstandorten ein Grund ist, das Mandat niederzulegen. Auch sollte diskutiert werden, inwieweit man einen

Teil der zusätzlichen Mobilität junger Mandatsträger mittragen kann. Ziel muss es sein, Kommunalpolitik für junge Menschen attraktiver zu machen und den Altersschnitt in den Parlamenten deutlich nach unten zu drücken. Wer am längsten von den Entscheidungen betroffen ist, bezieht auch eher die langfristigen Folgen und Kosten in die Entscheidung mit ein als nur den kurzfristigen Erfolg. Zwischenbilanz galt es aber auch für uns beide Autoren zu ziehen. Für mich (Viola) bedeutete es, dass ich schweren Herzens mein Mandat im Sommer 2023 niedergelegt habe, da ich für meine neue Arbeitsstelle den Wohnort wechseln musste. Nachdem ich mich 2,5 Jahre in die Strukturen eingearbeitet, diverse Projekte vorangetrieben und als jüngste Stadtverordnete sehr viel Unterstützung erfahren hatte, ist mir diese Entscheidung am Ende

nicht leicht gefallen. Zeitlich kam Pendeln für mich neben meinem Job nicht in Frage und so überließ ich meinen Sitz schlussendlich einer Ortsverbandskollegin. Für mich (Jorias) heißt es, weiterhin die Pendelei zwischen Uniort Kassel und Heimatort Sontra in Kauf zu nehmen, gleiches gilt für die Zweitwohnsitzsteuer. Immerhin halten wir unsere Fraktionssitzungen häufig digital ab. Für mein anstehendes Auslandssemester hätte ich mir zwar eine flexible Vertretung gewünscht, so muss ich schauen, ob ich für die Haushaltsberatung (die bei uns leider erst im Frühjahr stattfindet) aus Madrid zurückkehre oder nicht. Auf jeden Fall bin ich dankbar für das Verständnis meiner Fraktion und des Stadtverordnetenvorstehers für meine voraussichtlich fünfmonatige Abwesenheit. Unser Fazit: Wir können noch an vielen Stellschrauben drehen, um Kommunalpolitik attraktiver und reibungsärmer zu gestalten. Wenn ihr Vorschläge und Ideen habt, schreibt uns gerne! Aber eins ist auch klar: Kommunalpolitik lohnt sich, also habt den Mut und kandidiert.



TEXT: VIOLA GEBEK (24) kommt ursprünglich aus Flörsheim. Sie hat Wirtschaftspsychologie studiert und arbeitet seit ihrem Masterabschluss als Brand Managerin bei einem globalen Konsumgüterhersteller. Heute wohnt sie in Darmstadt und ist bei den JuLis Hessen als stellvertretende Landesvorsitzende für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv.



JORIAS BACH (25) ist in Sontra geboren und lebt heute noch dort und an seinem Uniort Kassel, wo er Geschichte im Master studiert und im Frühjahr 2024 ein Auslandssemester in Spanien absolviert. Daneben arbeitet er als Werkstudent beim Marktführer für Online-Wahlen und ist selbständig als Hallensprecher und Moderator bei Sportevents. Bei den JuLis Hessen war er während des Landtagswahlkampfes Landesvorsitzender (22-23).



Aus dem Alltag: Führung einer FDP- Kreistagsfraktion

Meine Leidenschaft für die Kommunalpolitik hat im Jahr 2014 begonnen. Es war in meiner Heimatstadt Moers, in der ich mich erstmals als sachkundiger Bürger in der Fraktion der FDP engagierte. Zuerst im Kulturausschuss, in dem ich aber der alten, sich in einer Rot-Gelben Kooperation befindenden FDP, zu kritisch agierte (diese Haltung habe ich mir bis heute bewahrt), sodass ich schnell als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Feuerwehrausschuss „abgeschoben“ wurde. Seit 2017 setze ich mich zusätzlich als sachkundiger Bürger der FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Wesel für die Belange unserer Bürger ein. In dieser Zeit habe ich nicht nur politische Erfahrungen gesammelt, sondern auch gelernt, wie bedeutend kommunale Politik für die politische Gestaltung in der Gesellschaft ist. Im Jahr 2020 wurde ich dann in den Kreistag und auch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Freien Demokraten im Kreistag Wesel gewählt. Nach der Hälfte der Wahlperiode schenkte mir die FDP-Fraktion das Vertrauen und wählte mich einstimmig

zum neuen Fraktionschef. Als jüngstes Kreistagsmitglied mit aktuell 28 Jahren einen Fraktionsvorsitz zu übernehmen ist nicht immer leicht, gerade die Verwaltungsspitze ist es gewohnt mit langjährigen Fraktionsvorsitzenden im Rentenalter zu verhandeln. Insbesondere musste ich erst einmal der Verwaltung und den anderen Fraktionsvorsitzenden erklären, dass für mich als Berufstätiger kurzfristige Sitzungen im Vormittagsbereich nicht möglich sind. In meinem Fall war weiterhin problematisch, dass unser langjähriger Geschäftsführer seine Tätigkeit mit dem Fraktionsvorsitzwechsel einstellte und ich mich zusätzlich um die Organisation der Fraktion kümmern musste. Unsere Fraktion besteht derzeit aus vier Kreistagsmitgliedern und 15 sachkundigen Bürgern, die es in NRW und anderen Bundesländern gibt. Als stimmberechtigte Mitglieder vertreten diese die Fraktionen in Ausschüssen und Beiräten. Bei ca. 25 Gremien, ohne Aufsichtsräte, ist dies unglaublich sinnvoll und entlastet uns Kreistagsmitglieder enorm. Die Aufgaben eines Fraktionsvorsitzenden sind vielfältig und anspruchsvoll. Die Leitung der Fraktionssitzungen, die Organi-

sation der Fraktionsarbeit und die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit und das Finanzwesen der Fraktion erfordern ein hohes Maß an Engagement und Organisationstalent. Etliche Gespräche mit Verwaltung und Kooperationspartnern kommen hinzu - bis hierhin, ohne inhaltlich auch nur einen einzigen Antrag umgesetzt zu haben. Dies kommt dann noch on top oben drauf. Die wichtigste Aufgabe ist es aber in meinen Augen, die Fraktionsmitglieder zusammenzuhalten und zu motivieren. So sind wir kommunal im Kleinen (mit-)verantwortlich für die Stimmung der gesamten Partei. Ich wünsche mir, dass dabei mehr JuLis die Verantwortung erhalten, die ich ausüben darf. Für Fragen oder Hilfestellungen stehe ich gerne zur Verfügung!



TEXT: CONSTANTIN BORGES (28) lebt in Moers am Niederrhein, wo er auch aufgewachsen ist. Er hat BWL und Wirtschaftspädagogik studiert und ist Lehrer an einem Berufskolleg. Neben

seinem Fraktionsvorsitz im Kreistag ist er Bundesschatzmeister der Jungen Liberalen. Du erreichst ihn unter borges@julis.de.

Das
Lesezeichen
Jede Ausgabe
eine neue
Buchrezension

Wie man ein Schmetterling wird

Von Shole Pakravan

In dubio pro reo – Im Zweifel für den Angeklagten! Ein Grundsatz, der im Strafprozess nicht wegzudenken ist. Jedem Angeklagten steht bei uns in Deutschland ein ordentliches Gerichtsverfahren zu, unser Rechtssystem ist verpflichtet sich an geltendes Recht zu halten. Im Iran sieht die Realität anders aus: die islamische Republik unterdrückt seit vielen Jahren die Bevölkerung. Angeklagte bekommen zwar ein Gerichtsverfahren, allerdings ist dieses alles andere als fair. Gefälschte Beweise, erzwungene Geständnisse und korrupte Pflichtverteidiger sind Normalität. Ein sogenannter Schauprozess. Shole Pakravan erzählt in der Biografie »Wie man ein Schmetterling wird« die herzerreißende Geschichte ihrer Tochter Reyhaneh. Als ein Mann versucht, sie zur vergewaltigen, sticht sie in Notwehr mit einem Messer zu, wobei der Täter tödlich verletzt wird. Kurz darauf wird sie von der Polizei festgenommen und in das Evin-Gefängnis in Teheran in Isolationshaft verlegt.

Die Polizei startet mit so genannten »Ermittlungen«. Für den Mord hätte es politische Motive gegeben, sie hätte geplant eine Bombe zu bauen, im Irak sei sie zu einer feindlichen Agentin ausgebildet worden. Das Gerücht, sie hätte zahllose Affären gehabt, wird über sie verbreitet. Ihre Schwester wird willkürlich festgenommen, um ein Geständnis von Reyhaneh zu erzwingen. Physische und psychische Folter wird zu ihrem Alltag, auch ihrer Familie wird nicht selten Informationen zu ihrem Zustand oder ihrem Verbleib vorenthalten. Ihre Version der Geschichte wird gegen sie ausgelegt. Sie hätte doch sicher mit dem Mann geflirtet, sich aufreizend gekleidet. Und selbst wenn? Der Richter meint im Prozess zu ihr, sie hätte sich lieber vergewaltigen lassen sollen, um den Täter dann anzuzeigen. Der erstgeborene Sohn des Toten fordert im Namen der Familie Blutrache durch Erhängen. Auch wenn das Gericht keine



SHOLE PAKRAVAN
Berlin Verlag,
Erscheinungsdatum:
26.01.2023,
272 Seiten, ISBN:
978-3-8270-1370-5

Tötungsabsicht feststellen kann, wird aufgrund der »Weisheit des Richters« genau dieses Urteil verhängt. Ihre Familie versucht alles, um die Tochter zu retten, leider jedoch ohne Erfolg. Am 25. Oktober 2014 wird Reyhaneh im Alter von 26 Jahren hingerichtet. Reyhanehs Geschichte ist leider kein Einzelfall. Insbesondere seit der Kurdin Jina Mahsa Amini im September 2022 sind die Gefängnisse im Iran überfüllt mit politischen Gefangenen und »Straftätern«, denen kein gerechter Prozess gewährt wurde. Für uns Liberale sind Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben grundlegende Werte. Gerade deshalb dürfen wir unsere Augen nicht vor den Geschehnissen im Iran verschließen. »Wie man ein Schmetterling wird« ist definitiv ein Must-Read für jeden, der die Realität im Iran besser verstehen will. Die Verfilmung »Sieben Winter Teheran« wurde auf der Berlinale ausgezeichnet und ist ebenfalls sehr sehenswert!



TEXT: SARA-JANE ZAGORAC (21) macht derzeit eine Ausbildung zur Medienkauffrau und ist für die JuLis im Bezirk Nordwürttemberg und im Kreis

Böblingen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig



Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Samuel Kessler (samuel.kessler@julis.de)

AutorInnen: Ali Abo-Hamoud, Martin Aßmuth, Jorjas Bach, Constantin Borges, Franziska Brandmann, Celine Dieterich, Kai Fackler, Viola Gebek, Torben Hundsörfer, Erik Jäger, Leonard Kern-Wagner, Johanna Koch, Tom Kühnel, Analena Mahler, Felix Meyer, Lucas van Stephoudt, Florian Stupp, Louis Wübben, Nora Marleen Zado, Sara-Jane Zagorac

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserkritik und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julis.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: Unsplash.com, shutterstock
Illustrationen und Fotos: Adobe Stock: S.3 (3), S.6-7 (8), S.10-11, S.12 (2), S.14, S.16-17 (2), S.18, S.22 (2), S.34; Unsplash.com S.24, S.27, S.28-29, S.30-31, S.32-33

Dieses Magazin wird gefördert vom



— WIR SIND DIE — **FAIR-GEGENÜBER- JUGENDLICHEN- VERSICHERUNG.**

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle



**Verband der Privaten
Krankenversicherung**